

Zukunft des Wirtschaftsstandorts

Kanton muss in Innovationspotenzial investieren → Seite 4

Digital & Innovation Campus Thurgau

Das Projekt nimmt konkrete Formen an → Seite 6

Beziehungen zur EU

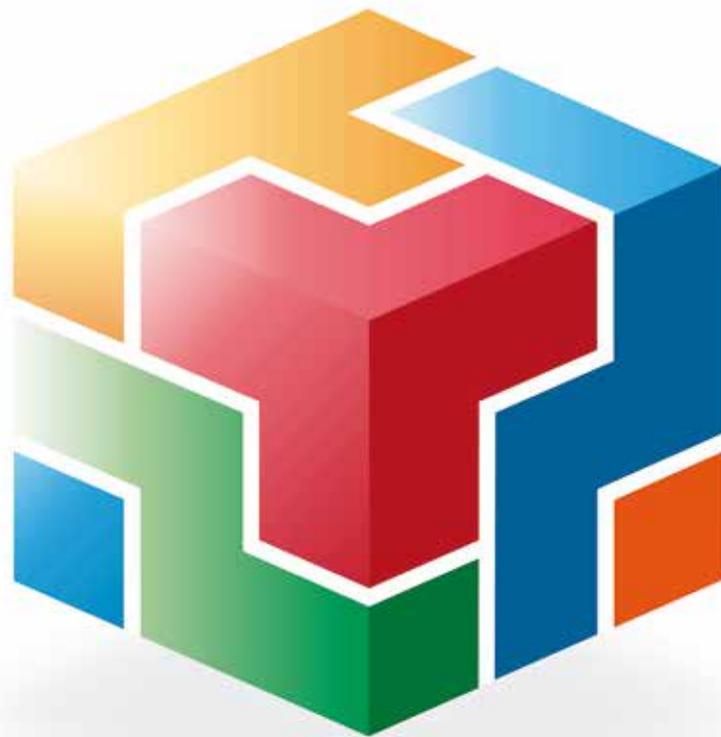
Erosion der Bilateralen ist keine Option für die Wirtschaft → Seite 28





Jetzt online
Offerte verlangen!

Steuroptimierung, Treuhand-Dienstleistungen, Revisionen, Unternehmensberatung etc.



- Unternehmensberatung
- Wirtschaftsprüfung

Wir beraten Sie ganzheitlich und decken das gesamte Spektrum von Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Steuer-/Rechtsberatung und Treuhandwesen kompetent ab.

- Steuern & Recht
- Treuhand

Profitieren Sie auch im nächsten Jahr von unserem Know-how in den praxisnahen Halbtages-Seminaren der Provida academy.

Politische Ziele sind mit starken Allianzen besser zu erreichen

**Geschätzte Leserinnen und Leser,
geschätzte Mitglieder der IHK Thurgau**

Leider müssen wir uns nach wie vor mit Covid-19 beschäftigen – gesellschaftlich wie auch politisch. Am 28. November wird das Schweizer Stimmvolk zum zweiten Mal über ein Referendum zum Covid-Gesetz abstimmen. Im Juni wurde das Gesetz bereits mit über 60% gutgeheissen. Es ist wichtig, dass die Mehrheit des Souveräns auch im November ein Ja zum Gesetz bzw. ein Nein zum Referendum in die Urne legen wird. Die IHK hat ebenfalls die Ja-Parole beschlossen und bestreitet mit einer breiten Thurgauer Allianz die zugehörige Kampagne. Im Ja-Komitee sind neben der IHK, dem Thurgauer Gewerbeverband, dem Thurgau Tourismus auch die Thurgauer Sektionen von FDP, SP, Die Mitte, Grüne, GLP und EVP vertreten. Dieser Schulter-schluss der Vernunft ist beachtlich und zeigt, dass sich ein Grossteil der Bevölkerung und der Wirtschaft hinter die bestehenden Schutz- und Unterstützungsmassnahmen stellt.

Es ist ein wichtiges Zeichen, dass wir zusammen auftreten, denn politische Grabenkämpfe und absurde Freiheitsdiskurse bringen uns in dieser Sache nicht weiter. Es geht nur gemeinsam – gegen das Virus und nicht gegen anders Denkende. Das Gesetz ist vernünftig ausgestaltet und erlaubt so viel mehr, als es in allen anderen Ländern um uns herum der Fall ist. Sie dürften wissen, als liberaler Wirtschaftsverband sind wir bei den ersten, die Eingriffe des Staats in die Privatwirtschaft, unnötige Regulierungen und undemokratische Entwicklungen an den Pranger stellen. Dabei haben wir auch die Massnahmen des Bundesrats immer kritisch hinterfragt und werden dies auch weiter tun. Aber im vorliegenden Fall macht das Gesetz Sinn und es hilft uns,

wieder eine vermisste Normalität zurückzubringen – und das ist gut. Zum Glück gibt es aber auch ein Leben neben dem Virus. In der vorliegenden Ausgabe unseres Mitglieder-magazins widmen wir uns stark dem Thema Innovation. Der Thurgau gilt nicht als Hochburg für Innovation. Zu Unrecht, wenn man Produkte und Entwicklungen von Thurgauer Unternehmen betrachtet. Jedoch braucht es in den kommenden Jah-



ren einen merkbaren Schub nach vorne, um den Anschluss nicht zu verlieren und das Image von Mostindien zu einem spannenden Standort zu ändern, der smarte Köpfe anzuziehen vermag. Umso wichtiger ist es, dass wir das Innovationspotenzial des Kantons nun stärken und ausbauen. Innovative Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Kanton, die Gründung des Innovationsparks Ost in St.Gallen und vor allem die Entwicklung des von der IHK angestossenen Projekts «Digital & Innovation Campus Thurgau» sind wichtige Elemente, um die Standortattraktivität des Kantons weiterzuentwickeln.

Auf politischer Ebene hat die Arbeit der IHK in den vergangenen Monaten Früchte getragen. Im Grossen Rat wurde die Motion «Wirtschaftsfreundliche, unbürokratische

Abwicklung der Quellensteuer im Kanton Thurgau» für erheblich erklärt. Die IHK hat sich zusammen mit dem Gewerbeverband (TGV) dafür eingesetzt. Zudem stimmte das Bundesparlament in der Herbstsession endlich für die Aufhebung der Industriezölle. Dies führt zu finanziellen und administrativen Entlastungen, von welchen vor allem KMU profitieren. Die IHK Thurgau hat zusammen mit anderen Wirtschaftsverbänden während mehreren Sessions wiederkehrend darauf hingewirkt. Schliesslich hat sich die IHK zusammen mit dem TGV und dem Verband Thurgauer Landwirtschaft (VTL) mit Bezug auf das kantonale Budget 2022 für eine Senkung des Steuerfusses von bisher 117 auf neu 107 Prozent ausgesprochen. Aufgrund des grossen Nettovermögens des Kantons, prall gefüllter Fonds und stetig hohen Erträgen macht es Sinn, so alle Thurgauer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu entlasten.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass wir zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen der IHK St.Gallen-Appenzell das Thema «Bilaterale Verträge mit der EU» wieder aufgenommen haben. Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen durch den Bundesrat im vergangenen Mai zeigen sich bereits erste negative Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Der vom Bundesrat skizzierte Weg zu den Weiterentwicklungen der Bilateralen Verträge ist ungenügend und mutlos. Die export- und handelsorientierten Unternehmen, die einen grossen Teil zum BIP beitragen, brauchen Klarheit und Sicherheit, was den Zugang zum europäischen Binnenmarkt anbelangt. Es muss uns gelingen, dieses mutmasslich «heisse Eisen» nun wieder in die Hand zu nehmen und die innenpolitische Blockade endlich zu überwinden.

Jérôme Müggler / Direktor IHK Thurgau

Innovationsstandort Thurgau: ein Traum oder bald Realität?

Der Thurgau gilt nicht als Hochburg für Innovation. Zu Unrecht, wenn man Produkte und Entwicklungen von Thurgauer Unternehmen betrachtet. Jedoch braucht es in den kommenden Jahren einen merkbaren Schub nach vorne, um den Anschluss nicht zu verlieren und das Image von Mostindien zu einem spannenden Standort zu ändern, der smarte Köpfe anziehen vermag.



Jérôme Müggler

Unlängst wurde in der Thurgauer Zeitung die Diskussion darüber angestossen, ob sich der Kanton Thurgau gegen aussen schlecht verkaufe und welche Symbolik dem Apfel für das Ländliche zwischen Hörnli und Bodensee zukomme. Die Geschichte des ehemaligen Untertanengebiets, das Fehlen eines urbanen Zentrums und das Selbstverständnis von gewissen Teilen der Bevölkerung kann man in diesem Zusammenhang diskutieren. Es ist gut und

wichtig, dass wir im Thurgau beginnen, uns damit auseinanderzusetzen, für was wir stehen wollen, für was der Kanton bekannt sein soll, was wir zu bieten haben und wie man das Ganze an die Restschweiz kommunizieren möchte. Genauso wie sich das mutmassliche Apfel- oder Landwirtschaftsimage über Jahre entwickelt hat, wird eine Imagekorrektur oder eine Ergänzung des Bilds seine Zeit und den Effort einer koordinierten, strategisch ausgerichteten Kampagne benötigen. Diese muss vom gesamten Kanton getragen werden.

Fachkräftemangel und Abwanderung von Jungen

Für die Industrie- und Handelskammer Thurgau ist die Entwicklung des Wohn- und Arbeitsorts Thurgau ein Schlüsselthema. Mit der Zukunftsagenda geben wir uns zusammen mit der IHK St.Gallen-Appenzell einen Ziel- und Orientierungsrahmen für die Entwicklung der Kernregion Ostschweiz vor, in welcher der Thurgau eine zentrale Rolle spielt. Verschiedene Zielkorridore helfen den Fokus auf relevante Entwicklungen zu legen. Dazu gehören die Stärkung eines

innovationsfreundlichen Umfelds sowie die Förderung digitaler Kompetenzen. Beide sind unerlässlich, wenn es um die Weiterentwicklung einer Region und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit geht. Obwohl der Thurgau von Jahr zu Jahr mehr Einwohner hat, zeichnet ihn im gleichen Moment ein überdurchschnittlicher hoher Mangel an Fachkräften sowie die Abwanderung von jungen Menschen aus. Folglich arbeiten Thurgauerinnen und Thurgauer sowie Zuzüger immer mehr ausserhalb der Kantonsgrenzen.

Wettbewerbsfaktoren verändern sich

Wörtlich übersetzt bedeutet Innovation «Neuerung» oder «Veränderung». Doch allein durch eine solche Übersetzung erklärt sich nicht, was mit dem Begriff Innovation überhaupt gemeint ist. Innovation ist ein Vorgang, welcher durch Anwendung neuer Verfahren, der Einführung neuer Technologien oder der Etablierung erfolgreicher Ideen einen Bereich, ein Produkt oder eine Dienstleistung erneuert und auf den neuesten Stand bringt. Die Wettbewerbsfaktoren von Unternehmen befinden sich seit einiger Zeit im Umbruch. Liessen sich Wettbewerbsvorteile früher vor allem auf Faktoren wie Kosten und Qualität zurückführen, ist es heute und in Zukunft zusätzlich die Innovationfähigkeit. Unabhängig davon, ob sich die Wirtschaftslage gerade in einem Aufschwung oder einer Rezession befindet. Entsprechend gehören die Begriffe Innovation und Kreativität zu den häufig verwendeten Begriffen in Geschäftsleistungen.

Im letzten Viertel der Tabelle

Der kantonale Wettbewerbsindikator der UBS misst als eines von acht Feldern das Innovationspotenzial eines Kantons. Gemäss UBS beruhen unternehmerischer Fortschritt und der Erhalt wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit auf Innovation. Branchencluster (hohe regionale Konzentrationen von Beschäftigten in voneinander abhängigen Branchen), die Anzahl Patentanmeldungen und die Höhe der Venture-Capital-Investitionen zeigen das Potenzial für zukünftige Wettbewerbsvorteile, die aus Innovationen erwachsen. Weitere Indikatoren sind gemäss UBS der Anteil

der in Forschung und Entwicklung tätigen Personen, die Anzahl erfolgreicher Startups, Unternehmensgründungen oder die in diesen Unternehmen neu geschaffenen Stellen. Dem Thurgau attestiert die UBS zurzeit kein allzu grosses Innovationspotenzial. Gerade mal auf Platz 20 schafft es unser Kanton in der Publikation in diesem Bereich. Daneben ist zu erwähnen, dass der Thurgau in anderen Bereichen wie Staatsfinanzen oder Kostenumfeld überdurchschnittlich gut abschneidet.

Technologieforum unterstützt Unternehmer

Verschiedene Initiativen zielen auf die Innovationsförderung ab und Institutionen im und um den Thurgau können einen Startpunkt für Innovation bieten. Das Thurgauer Technologieforum bietet an Informationsanlässen oder Innovationcoachings interessierten Unternehmerinnen und Unternehmern die Möglichkeit, tiefer in die Materie einzutauchen. An den Veranstaltungen lernen Interessierte innovative Denksätze und ungewohnte, teils äusserst erfrischende, theoretische Modelle kennen. Sehr konkret behandelt das Innovationsforum Ernährungswirtschaft, das am 3. Dezember 2021 zum zweiten Mal stattfinden wird, den Themenkreis. Das Forum ist eine Tagung im Bereich Agri-Food zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers in Tänikon zugunsten der ganzen Wertschöpfungskette von Lebensmitteln. Es ist erfreulich, dass Agroscope im Thurgau die Forschung im Bereich Smart Farming ausbaut. Smart-Farming-Technologien bieten breite Möglichkeiten der Datenerfassung und -verarbeitung – für sämtliche Produktionsressourcen sowie entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

St.Galler Initiative mit Thurgauer Beteiligung

Im September konnte in St.Gallen der Innovationspark Ost gegründet werden. Zu den 21 Gründungsaktionären gehören der Kanton Thurgau sowie unsere Industrie- und Handelskammer, die mit Dr. Beat Hirt auch den Thurgauer Vertreter im Verwaltungsrat stellt. Der Innovationspark Ost nimmt die Kernkompetenzen der Ostschweizer Wirtschaft

und Hochschulen auf. Er fokussiert auf die Innovationsschwerpunkte Gesundheit, Digitalisierung von Geschäftsmodellen sowie Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Auf Forschungsseite sind im Themenbereich «Gesundheits- und Medizintechnik» die Empa St.Gallen und das Kantonsspital St.Gallen eingebunden. Im Bereich «MEM-Industrie» wird die Forschungsleistung von der Ostschweizer Fachhochschule sowie von der Forschungsanstalt RhySearch in Buchs mit eingebracht. Die Universität St.Gallen steuert dabei ihre wissenschaftliche Kompetenz bei der Entwicklung neuer Dienstleistungen, Prozesse und Geschäftsmodelle bei.

Innovationsförderung mit eigenen Stärken

Gerade weil es dem Thurgau finanziell so gut geht, tut er gut daran, selbst ideale Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Innovationspotenzial von Unternehmen oder kreativen Köpfen unterstützen oder aktivieren können. Es ist deshalb notwendig, dass der Kanton eine eigene Institution erhält, welche die Fähigkeit, Neues zu schaffen und dies zu vermarkten, aktiv fördert. Der «Digital & Innovation Campus Thurgau», der 2018 von der IHK angestossen und über die vergangenen zwölf Monate konkretisiert wurde, soll für den Kanton und seine Unternehmen ein sogenannter Leuchtturm werden. Mit einer direkten Verbindung zur Universität Konstanz und der Konstanzer Fachhochschule HTWG kann erstklassiges akademisches Wissen und angewandte Forschung im Thurgau genutzt werden. Am gleichen Ort wird ein Innovationslabor die Anlaufstelle für neue Ideen und Startups werden. Der Thurgauer Campus hat neben den erwähnten Initiativen beste Voraussetzungen, um sich in einem wachsenden Netzwerk zu etablieren und mit eigenen Schwerpunkten zu überzeugen. Das im Campus beheimatete «Thurgauer Institut für Digitale Transformation» soll unter Berücksichtigung der Beziehung zwischen Mensch und Technologie das Vertrauen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz oder Big Data fördern. Beides sind Themen, welche für Industrie und Gewerbe in den kommenden Jahren sehr relevant sein werden.



Digital & Innovation Campus nimmt konkrete Formen an

Damit der Thurgau den Anschluss an die Entwicklungen der Zeit nicht verliert, muss er insbesondere beim Innovationspotenzial sowie im Umgang mit der digitalen Transformation grosse Schritte nach vorne machen. Die Initiative der IHK Thurgau hilft mit und kommt dabei der Bevölkerung, den Unternehmen, Bildungseinrichtungen und der Verwaltung mit konkreten Angeboten zugute.

Von Jérôme Müggler

Seit Ende 2020 arbeitet die IHK Thurgau intensiv daran, die Projektidee «Digital Campus Thurgau» in eine konkrete und umsetzbare Form zu bringen. Das Projekt ist auch im Rennen um Fördergelder aus den TKB-Millionen und wurde im Bericht des Regierungsrats vom 13. April 2021 als Grossprojekt zur Förderung empfohlen. Aufgrund der konkreten Ausgestaltung des Campus trägt er mittlerweile den Namen «Digital & Innovation Campus Thurgau». Wie in der vorliegenden Ausgabe dieses Magazins

zu lesen ist, kommt der Innovationsfähigkeit eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung des Wohn- und Arbeitsorts Thurgau zu. Zudem zeigt eine im Sommer gemachte Umfrage bei Mitgliedern der IHK und dem Gewerbeverband, dass eine Nachfrage zur Innovationsförderung besteht.

Raum für neue Ideen und Produkte

Fünf Hauptbereiche zeichnen den Digital & Innovation Campus Thurgau (DICT) aus: Innovation, angewandte Forschung, Technologie, Bildung und Netzwerk. Mit einem Innovationslabor wird

ein physischer Raum geschaffen, in dem kreative Köpfe und Unternehmen aus der Region neue Produkte, Dienstleistungen und Ideen andenken, ausprobieren und entwickeln können. Dafür braucht es eine Umgebung, welche das Kreativpotenzial der Beteiligten unterstützt und alle erdenklichen Workshop-Methoden zulässt.

Es braucht dazu mehr als einen einfachen, weissen Raum mit Tisch, Stühlen und Whiteboards, der wenig inspirierend wirkt. Daneben soll der Campus modularen Raum für Startups oder Hochschul-Spinoffs bieten, die eine



erste, einfache Arbeitsumgebung benötigen.

Ort für angewandte Forschung

Mit dem Thurgauer Institut für Digitale Transformation (TIDiT) bringt der Campus akademisches Fachwissen und angewandte Forschung der beiden Konstanzener Hochschulen in den Thurgau. Das im Kanton etablierte Format solcher Institute würde erstmalig zusammen mit der Universität und der HWTG gemeinsam zur Anwendung kommen. Das TIDiT stellt bei Fragestellungen rund um digitale Technologien den Menschen in den Mittelpunkt. Dafür bieten sich für den Start drei aktuelle Themen an: vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz, Datensicherheit und -integrität sowie Privatsphäre im Umgang mit Informationstechnologien. Diese spielen bei neuen, digitalen Lösungen für die gesamte Bevölkerung sowie für die Wirtschaft eine zentrale Rolle – bereits heute und in Zukunft erst recht. Damit entsteht ein Leuchtturm im Thurgau mit überregionaler Ausstrahlung, der spannend für die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Institutionen sein wird.

Vertrauen für Neues schaffen

Es gibt aktuell viel Unsicherheit im Verständnis und im Umgang mit Informationstechnologien. Der Graben zwischen diesen Technologien und ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft wird grösser,

wenn man beispielsweise die Abstimmung über die Elektronische Identitätskarte heranzieht. Eine solche ID wäre allerdings dringend benötigt, um Verwaltungsprozesse oder Online-Dienstleistungen sicher abwickeln zu können. Wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlicher Fortschritt können sich daher verlangsamen oder bleiben gar aus. Für den Thurgau besteht nun die Chance, die digitale Transformation für sich so zu gestalten, dass sie den Kanton als Lebensraum und als Wirtschaftsstandort stärkt.

IT-Nachwuchs aus der Umgebung

Die DICT-Projektleitung ist zudem im guten Gespräch mit dem Projekt «ICT Scouts», die im Campus ihr zuhause im Thurgau finden sollen. Dieses Programm berücksichtigt zwei Aspekte: Zuerst werden in halbtägigen Informatik-Workshops junge Talente direkt in den 7. Klassen der Volksschulen aufgespürt. Diese werden danach während rund drei Jahren an einem der ICT Campus Standorte in diversen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologie kontinuierlich gefördert. Letztendlich werden sie mit den Lehrbetrieben und höheren Bildungsanstalten aktiv vernetzt. ICT Scouts ist eine grundlegend neue Art der Informatik-Talentfindung und -förderung. Es ist das einzige Förderprogramm in der Schweiz mit einem systematischen Selektionsverfahren und einer kontinu-

ierlichen Betreuung. Rund die Hälfte der Nachwuchstalente sind übrigens Mädchen.

Kommunikationsnetz und sichere Cloud-Lösungen

Als erster Technologiepartner ist die EKT im Aufbau des Digital & Innovation Campus Thurgau involviert. Sowohl im Lenkungsausschuss als auch im Teilprojekt sitzen Vertreter des EKT, was die Kompetenz aus dem Kanton für den Kanton unterstreicht. Wenn man von digitaler Transformation spricht, kommt man nicht um leistungsfähige Daten-netzwerke und die sichere Speicherung von Daten herum. Das EKT-Teilprojekt erarbeitet die Grundlagen für das sogenannte «EduNet.tg». Dabei steht die Förderung der Mobilität von Forschenden, Lehrkräften, Studierenden und Schülerinnen und Schülern am DICT und interessierten Thurgauer Schulen durch Umsetzung durchgängiger Lösungen für Vernetzung, Identitätsmanagement bei Logins und Kollaboration im Vordergrund. Ein Ziel ist es, ein kantonsweites, geschütztes IT-Kommunikationsnetz und eine breitbandige, zuverlässige Datenverbindung für Bildungseinrichtungen zu etablieren. Zudem werden Voraussetzungen und Lösungen für einen sicheren, datenschutzkonformen Betrieb von Cloud-Plattformen geschaffen. Gerade letzteres ist auch für Thurgauer Unternehmen und das Gewerbe sehr interessant.



Kommen die ICT Scouts bald auch in den Thurgau?

«ICT Scouts & Campus» ist ein nationales MINT-Förderprogramm, welches vor fünf Jahren in der Nordwestschweiz startete und mittlerweile an sieben Standorten in der Schweiz, darunter auch in St.Gallen, etabliert ist. Schon bald könnte ein Standort für die ICT Scouts auch im Thurgau starten.

Von Dominik Strobel / ICT Scouts

Wer bei ICT Scouts & Campus an Fussball denkt, ist ziemlich nah dran. «Wenn es im Fussball funktioniert, warum wenden wir es dann nicht dort an, wo uns der Schuh wirklich drückt, nämlich in der Berufsbildung», dachte sich Rolf Schaub, damals Leiter Informatik der gewerblich-industriellen Berufsfachschule Muttenz.

Grundlegend neue Art der MINT-Talentfindung und -förderung

Das Konzept ist schnell erklärt. Sogenannte ICT Scouts besuchen die Volksschulen und entdecken mithilfe eines an den Lehrplan 21 angepassten Programmier Workshops latente Feuer für die digitale Welt. Wer dieses Feuer hat, wird in den ICT Campus eingeladen. Entscheidend ist die Systematik des Scoutings. Es findet keine Vorselektion oder Einladung statt. Nur indem jeweils ganze Klassen besucht werden, werden auch die verborgenen Talente gefunden. Damit sind vor allem, aber nicht nur, die annähernd 50 Prozent Mädchen gemeint, welche im ICT Campus mitmachen. Bei diesem steht die Kontinuität im Vordergrund. Es ist, wiederum vor allem bei den Mädchen, von entscheidender Bedeutung, dass sie über eine längere Zeitdauer hinweg mit Gleichgesinnten die digitale

Welt entdecken und mit den Campus Coaches eine Beziehung aufbauen können. Dies ermöglicht es dem ICT Campus am Ende auch, die Talente mit den Lehrbetrieben zu vernetzen.

MINT-Nachwuchs finden war noch nie so einfach

Die Vorteile für die Lehrbetriebe liegen auf der Hand. Sie profitieren von einer grösseren Auswahl an vorselektierten MINT-Talenten auf höherem Niveau mit dokumentierten Kompetenzen und nachgewiesener Motivation zu massiv tieferen Kosten. Thomas Köchli von der Adfinis AG aus Zürich beschreibt dies so: «Wir wenden bei diesen Kandidaten ein verkürztes Auswahlverfahren an,



weil wir wissen, dass viele der für uns wichtigen Qualitäten für alle Kandidaten gegeben sind. Im Vergleich mit Schulabgängern ohne ICT Campus Hintergrund sind sie völlig überlegen. Man startet mit ihnen auf einem ganz anderen Niveau in eine Lehre.» Oder in den

Worten des Ausbildungsleiters der Endress+Hauser Process Solutions AG: «So einfach wie hier haben wir noch nie rekrutiert. In zwei Stunden haben wir, mit minimalem Personalaufwand, mehr gute Kandidaten und Kandidatinnen kennengelernt als in einer ganzen Woche an einer Berufsmesse.» Dazu muss noch gesagt sein, dass es Mitgliedern des Fördervereins jederzeit möglich ist, im ICT Campus ungehindert nach Talenten Ausschau zu halten.

Aber auch für die partizipierenden Schulen hat das Scouting Vorteile: Es deckt Kompetenzen aus dem Bereich Medien & Informatik des Lehrplans 21 ab, unterstützt und ergänzt die berufliche Orientierung im MINT-Bereich, verursacht insbesondere bei leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern oft eine markante schulische Motivations- und Leistungssteigerung und unterstützt diese sowie Lehrpersonen bei schulischen Abschlussarbeiten zu MINT-Themen. Weil auch der Thurgau in naher Zukunft wohl mehr ICT & MINT-Fachleute als Profifussballer braucht, hofft

der Förderverein, im Rahmen der Vergabe des Partizipationserlöses der TKB, auf die beantragten 200 000 Franken für den Aufbau des nächsten ICT Campus Standorts im Kanton.

www.ict-scouts.ch

Die vertrauenswürdige Kette: Blockchain und Datenintegrität

Mit OriginStamp erhält die Blockchain-Technologie Einzug in den Unternehmensalltag. Das Kreuzlinger Unternehmen bringt mit seiner Innovation neue Ansätze zur Herstellung von Datenintegrität. Ein Konzept, das sowohl für Erfindungen als auch für Briefmarken interessant ist und grosses Potenzial für das Marketing mitbringt.



Von Matteo Ferigutti

Wie lässt sich aus dem Potenzial der Blockchain ein Wettbewerbsvorteil für Unternehmen generieren? Wie kann man eine einfache Schnittstelle zur Blockchain schaffen, die ohne grosse Vorkenntnisse nutzbar ist, und schnell einen deutlichen Mehrwert gegenüber bisherigen Lösungen liefert? Es sind solche Fragen, die Friedrich Kisters, CEO der OriginStamp AG aus Kreuzlingen, zu seinen innovativen Blockchain-Projekten antreiben. Seine Thurgauer Technologie ist bereits heute weltweit im Einsatz, unter

anderem bei der Post Liechtenstein oder FujiSeal in Japan. Die von OriginStamp erstellten und verwalteten Blockchain-Timestamps sorgen dabei für mathematisch prüfbare Datenintegrität. Das schafft Vertrauen in die digitale Transformation und die eigenen Prozesse.

Erfindungen schützen – auch ohne Patent

Für Unternehmen ist dieser Nachweis der Existenz eines Dokuments zu einem bestimmten Zeitpunkt in vielen Bereichen von grossem Interesse. Beispielsweise kann man so eine Erfindung

schützen, die man nicht patentieren lassen möchte. «OriginStamp erstellt einen digitalen Timestamp für das Dokument und verankert ihn als Hash in drei öffentlichen Blockchains», erklärt Kisters. Blockchain – ein für Laien kryptischer Begriff, hinter welchem sich ein enormes Potenzial verbirgt. Eine Blockchain kann man sich als eine Kette von Datenpaketen (Hashes genannt) vorstellen, welche öffentlich einsehbar ist. Anstatt effektiver Ereignisse à la «Frau Meier hat die Erfindung gespeichert, dann hat Herr Müller das Sitzungsprotokoll abgelegt», werden



Friedrich Kisters, CEO der OriginStamp AG aus Kreuzlingen.

die Hashes dieser Dateien mit all ihren verschlüsselten Informationen nacheinander in die Blockchain eingefügt.

Secure by design

Wenn man nun ein Datenpaket in die Blockchain einfügt, wird dieses bei allen Netzwerkteilnehmern als nächste Folge der Blockchain hinterlegt und somit bezeugt. «Der Fingerabdruck wird weltweit auf viele tausend Rechner verteilt, welche dann Zeugen dafür sind, seit wann exakt dieser Datensatz existiert hat», führt Kisters aus. Die Datenkette (daher der Name Blockchain) wird um ein weiteres Glied erweitert. Jede Veränderung an der Kette müsste nun von einer Mehrheit der vielen tausend Rechnern wieder bezeugt werden. Die Kette ist also praktisch unveränderlich. «Um eine solche Änderung durchzuführen, wäre eine immense Rechenleistung mit enormem Strombedarf nötig, was technisch und logistisch fast unmöglich ist», sagt Kisters. Die Datei hinter dem Timestamp verbleibt ausschliesslich beim Unternehmen und ist daher optimal geschützt. Der Timestamp der Er-

findung ist somit wie ein Grundbucheintrag unwiderruflich und nachweislich in der Blockchain hinterlegt.

Blockchain-Zeitstempel im Einsatz bei der Post Liechtenstein

Ein konkretes Anwendungsbeispiel liefert die von der Philatelie Lichtenstein und OriginStamp lancierte Briefmarke 4.0. Die Briefmarke wird mit einem SQR-Code ausgestattet, auf welchem die Geschichte der Briefmarke digital und in einer Blockchain gesichert hinterlegt ist. «Das Ziel war es, die physische Briefmarke mit der digitalen Welt zu verbinden, um sowohl die bestehende als auch eine neue Generation von Briefmarkensammlern anzusprechen», so Kisters. Mit den hinterlegten Informationen lässt sich die Briefmarke auf ihre Echtheit und ihre Vorbesitzer überprüfen. Aus der Idee entstand ein generationenübergreifendes Konzept: Der Grossvater liefert das Wissen zur Briefmarke, der Enkel das Wissen zur neuen Technologie. «Auf diese Weise gelingt ein Wissenstransfer und die Briefmarke wird durch ihren individuellen digitalen

Inhalt ständig reicher und wertvoller», führt Kisters aus. Zurzeit seien nur neue Briefmarken mit einer hinterlegten digitalen Geschichte erhältlich. Die Technologie soll jedoch bald auch auf alte Briefmarken angewendet werden können.

Wertsteigerung der Produkte dank vertrauenswürdiger Informationen

Eine weitere Einsatzmöglichkeit sieht Kisters im Marketing. So könne man die einzelnen Produktionsschritte mit einem SQR-Code auf dem fertigen Endprodukt hinterlegen und so dem Kunden zugänglich machen. «Wenn der Kunde die Produktionsbedingungen und die Herkunft seines Produkts digital überprüfen kann, schafft dies Vertrauen in das Produkt», meint Kisters. Beispielsweise kann man so bei einem seltenen Sammlerstück seine Vorbesitzer erfassen und hinterlegen. «Zu jedem Produkt könnte man digital dessen Geschichte erzählen und den Kunden individuell ansprechen», sagt Kisters. Durch die Verbindung digitaler und physischer Komponenten eines Produkts gewinne dieses an Tiefe und Profil. Dank der Blockchain geschähe dies nachvollziehbar und unveränderlich.

Thurgauer Silicon Valley?

Für Kisters steht fest, dass Vertrauen in die Technologie und in das Unternehmen grossen Einfluss auf den Kaufentscheid der Kunden haben. «Die Schweiz hat weltweit ein Image als zuverlässig und vertrauenswürdig – eine USP, die es einzusetzen gilt», meint er. Vertrauen könne man schaffen, indem man einen Schritt aus dem Digitalen mache und versuche, das Physische einzubinden. Der Thurgau könne sich dank solcher Ansätze neu positionieren. «Der Thurgau ist digital betrachtet kein Randkanton, sondern ein zentraler Player», sagt Kisters. Mit dem auch dank der IHK geplanten Institut für digitale Transformation, dem Verein SmarterThurgau, dem Bürgerportal des Kantons und der meinThurgau AG bewege sich der Kanton in die richtige Richtung. Deshalb ist Kisters überzeugt: «Wenn der Schulterschluss zwischen Digitalität und Realität in Zusammenarbeit mit der Industrie gelingt, könnte die Bodenseeregion zum «Silicon Lake» werden.»

Erfolgreicher Einsatz für die Anliegen der Wirtschaft

Die IHK Thurgau setzt sich in der Politik aktiv und wirksam für die Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer ein. Im vergangenen Quartal konnten diesbezüglich einige wichtige Erfolge vermeldet werden. Sie finden hier eine kurze Übersicht über die aktuellsten Themen und Forderungen der IHK.



Senkung des kantonalen Steuerfusses um 10 %

Gemeinsam mit dem Thurgauer Gewerbeverband (TGV) und dem Verband Thurgauer Landwirtschaft (VTL) spricht sich die IHK Thurgau mit Bezug auf das kantonale Budget 2022 für eine Senkung des Steuerfusses von bisher 117 auf neu 107 Prozent

aus. Aufgrund des grossen Nettovermögens des Kantons, prall gefüllter Fonds und stetig hohen Erträgen macht es Sinn, so alle Thurgauer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu entlasten.



Freigabe der Kohäsionsmilliarde

Die IHK Thurgau hatte sich vor der Herbstsession 2021 des nationalen Parlaments gemeinsam mit 50 weiteren Verbänden aus Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft für eine Freigabe der Kohäsionsmilliarde eingesetzt. Sie erachtet diesen Schritt als essenziell für die Weiterentwick-

lung der Beziehungen mit der EU, um gemeinsam die Themen Forschung, Zusammenarbeit im Strombereich oder Erasmus anzugehen. Das Parlament ist der Empfehlung gefolgt und hat die Freigabe beschlossen.



Wirtschaftsfreundliche Abwicklung der Quellensteuer

Der Grosse Rat hat die Motion «Wirtschaftsfreundliche, unbürokratische Abwicklung der Quellensteuer im Kanton Thurgau» für erheblich erklärt. Die IHK Thurgau begrüsst diese Praxisanpassung bei der Quellensteuer, welche vielen Firmen aus Handel, Industrie und Gewerbe den administrativen Aufwand markant erleichtert und die Grundlage für einen effizienteren Verwaltungsprozess legt. Sie hatte sich vor der Debatte im Grossen Rat diesbezüglich mit einem Schreiben an die Kantonsrätinnen und Kantonsräte gewandt.

Abbau der Industriezölle

Das Parlament stimmte in der Herbstsession 2021 dem Abbau der Industriezölle zu. Die Aufhebung der Industriezölle führt zu finanziellen und administrativen Entlastungen, von denen vor allem die KMU sowie das Gewerbe profitieren. Die IHK Thurgau hatte sich gemeinsam mit anderen Verbänden für den Industriezollabbau eingesetzt und ist erfreut über den Entscheid.



Ja zum Covid-19-Gesetz – Nein zur Pflegeinitiative

Mit der Pflegeinitiative und dem Referendum zum Covid-19-Gesetz stimmt das Schweizer Stimmvolk am 28. November über zwei Vorlagen ab, welche durch die Pandemie in den Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit gelangten. Bei beiden Initiativen gilt es jedoch, sich nicht vom aktuellen Geschehen zu kurzfristigen Entscheidungen verleiten zu lassen.



(v.l.n.r.): Die breite Thurgauer Allianz für ein Ja zum Covid-Gesetz: Jérôme Müggler (IHK), Paul Rutishauser (Die Mitte), Martina Pfiffner-Müller (FDP, TGV), Kurt Egger (Grüne), Nina Schläfli, SP) Stefan Leuthold (GLP), Wolfgang Ackerknecht (EVP), Rolf Müller Thurgau Tourismus.

Von Matteo Ferigutti

Das Referendum zielt mit der Schrotflinte auf das Zertifikat

Nach der Abstimmung über die erste Version des Gesetzes vom vergangenen Juni richtet sich dieses Referendum gegen die Änderungen des Gesetzes, welche das Parlament in der Frühlingssession im März 2021 beschlossen hat. Durch die Änderungen wurden unter anderem die rechtlichen Grundlagen für das Contact-Tracing, die Impfkampagne sowie den Einsatz des Covid-Zer-

tifikats geschaffen. Vor allem Letzteres hat durch die Entwicklung der Pandemie an Aktualität gewonnen und dürfte bei der Entscheidung vieler Abstimmenden eine wichtige Rolle spielen. Allerdings wurden auch Änderungen am Gesetz vorgenommen, welche Härtefälle, die Arbeitslosenversicherung sowie die Regelungen für Veranstaltungen betreffen. Diese unterstehen ebenfalls diesem Referendum, welches sich eigentlich gegen das Zertifikat richtet, jedoch grosse Kollateralschäden verursachen könnte.

Rückwirkende Annullierung bringt grosse Unsicherheiten mit sich

Die rechtliche Situation ist vergleichbar mit der Abstimmung im vergangenen Juli. Das Stimmvolk stimmt über bereits geltendes Recht ab, wobei ein negativer Entscheid bereits getätigten Ausgaben und Entscheiden des Bundesrats die Rechtsgrundlage entziehen würde. Was dann geschähe, ist schwer vorauszusehen, weil es so eine Situation noch nie gab. Dies schafft zusätzliche Unsicherheiten für Betriebe und Arbeitnehmende, welche im Zuge der Pandemie auf die Soforthilfe des Bundes zurückgreifen mussten. Gerade in der jetzigen Erholungsphase, in welcher die Konjunkturindikatoren optimistisch stimmen, ist die rechtliche Unsicherheit durch das Referendum ein schädlicher Faktor.

Das Zertifikat als Alternative zum Lockdown

Der erweiterte Einsatz des Zertifikats in Bars und Restaurants sowie Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsbetriebe und Veranstaltungen im Innenbereich wurde von der Bevölkerung sehr gut akzeptiert. Der Bundesrat hat mit dem bis zum 24. Januar 2022 befristeten Einsatz des Zertifikats den durch das Covid-19-Gesetz geschaffenen Rahmen genutzt, um einer zwischenzeitlichen Überlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken. Das

Zertifikat bietet dadurch eine Alternative zu härteren Massnahmen wie Betriebsschliessungen und Lockdowns, was der Wirtschaft und letztendlich auch der Gesellschaft zugutekommt. Mit dem Zertifikat können bestehende Schutzkonzepte weiter verbessert werden und Arbeitnehmende können weitestgehend ohne Restriktionen ihrer Arbeit nachgehen. Aus diesen Gründen sagt die IHK Ja zum Covid-19-Gesetz und lehnt das Referendum ab.

Pflegeinitiative geht zu weit

Die Pflegeinitiative will einen Pflege-notstand verhindern, der gemäss den Angaben der Initianten ohne Eingriff durch den Bundesrat droht. Die Initiative beauftragt den Bundesrat mit der Umsetzung einer Ausbildungsoffensive und Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Arbeitsbedingungen für Pflegende. Dadurch möchte die Initiative den Beruf attraktiver gestalten und die Qualität der Pflegeleistungen steigern. Dabei verpasst es die Initiative,

die konkrete Umsetzung zum Erreichen ihrer Ziele zu definieren. Die vorgeschlagenen Massnahmen gingen dem Parlament zu weit, weshalb es einen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesebene ausgearbeitet hat, welcher bei Ablehnung der Initiative automatisch in Kraft tritt.

Gegenvorschlag übernimmt Kernanliegen der Initiative

Im direkten Gegenvorschlag werden die zentralen Anliegen der Initiative umgesetzt, ohne übermässige Kosten für den Steuerzahler zu verursachen. So würde durch den Gegenvorschlag eine Ausbildungsoffensive im Umfang von einer Milliarde Schweizer Franken eingeleitet. Mit der Umsetzung der direkten Abrechnung gewisser Pflegeleistungen zulasten der Krankenkassen wird ein weiteres Kernelement umgesetzt, versehen jedoch mit einem Kostenkontrollmechanismus und einer Zulassungsbeschränkung bei überdurchschnittlich ansteigenden Ge-

sundheitskosten. Für die berufliche Entwicklung im Sinne von Aus- und Weiterbildungen des Pflegepersonals sind jedoch die Bildungsakteure und nicht der Bundesrat zuständig.

Berufsspezifisches Arbeitsrecht gehört nicht in die Verfassung

Bundesrat und Parlament halten die aktuelle Abgeltung der Pflegeleistungen für angemessen, weshalb eine Änderung ebendieser nicht in den indirekten Gegenvorschlag miteinbezogen wurde. Zurecht weist der Bundesrat darauf hin, dass Arbeitsbedingungen und Löhne im Pflegebereich in die Zuständigkeit der Kantone, der Sozialpartner sowie der einzelnen Betriebe fallen. Es stellt sich ausserdem die Frage, ob die Verfassung als gesetzgebendes Dokument mit grundlegendem Charakter der richtige Ort ist, um die angemessene Entschädigung für eine spezifische Berufsgruppe zu regeln. Aus diesen Gründen lehnt die IHK die Pflegeinitiative ab.

Breite Thurgauer Allianz sagt Ja zum Covid-Gesetz

Internationale Reisen sowie kulturelle und gesellschaftliche Anlässe sind nur dank diesem Gesetz wieder möglich.

Die finanzielle Unterstützung für Härtefälle und besonders betroffene Branchen fielen bei einem Nein ersatzlos weg.

Das Covid-Gesetz ist der Schlüssel zur Freiheit - die Alternative sind Lockdowns und Einschränkungen.

Ja zum Covid-19 gesetz

IHK fasst Parolen für Februar: Stempelsteuer abschaffen

Mit den ausstehenden Abstimmungen im November vor Augen hat die Industrie- und Handelskammer Thurgau bereits zwei Parolen für die Abstimmungen im Februar 2022 gefasst. Sie befürwortet die Abschaffung der Stempelsteuer und lehnt die Initiative zum Tier- und Menschenversuchsverbot ab. Beide Parolen sind im Sinne einer modernen, liberalen Wirtschaftspolitik.



Von Matteo Ferigutti

Unter der Stempelsteuer versteht man drei verschiedene Abgaben, die Unternehmen an den Staat zu entrichten haben: die Emissionsabgabe auf der Ausgabe von Wertpapieren, die Umsatzabgabe beim Handel mit Wertpapieren und der Versicherungsstempel auf Versicherungsprämien. In der Frühlingssession 2021 beschloss das Parlament, die Emissionsabgabe abzuschaffen und folgte damit dem Vorschlag des Bundesrats. Dessen Einschätzungen beruhen auf dem Bericht einer Expertengruppe zum Steuerstandort

Schweiz. Diese kommt im Bericht von 2020 zum Schluss: «Die Emissionsabgabe benachteiligt die Finanzierung mit Eigenkapital gegenüber der Fremdfinanzierung.»

Eigenkapital schafft Sicherheit

Die Emissionsabgabe ist ein Hindernis für innovative Investitionen, weil sie risikotragendes Eigenkapital belastet. Das Eigenkapital dient bekanntlich als Sicherheitskapital, um entstandene Verluste abzufedern. Es dient somit der Resilienz der Unternehmen und letztlich der Sicherung von Arbeitsplätzen. Diese Eigenkapitalpolster wurden im

Zuge der Pandemie in vielen Betrieben stark beansprucht. Dabei konnten die vom Bundesrat beschlossenen Sofortmassnahmen für neue Fremdkapitalkredite zwar Liquiditätsengpässe überbrücken, die Verluste gingen aber dennoch zulasten des Eigenkapitals. In der Folge mussten zahlreiche Unternehmen neues Eigenkapital aufnehmen, um eine Überschuldung zu vermeiden.

Unternehmen aktiv entlasten

Diese an sich wünschenswerte Sicherung der Unternehmensfinanzen wird durch die Emissionsabgabe unnötiger-

weise belastet und dadurch im Vergleich zur weniger sicheren Fremdfinanzierung unattraktiver. Es ist zudem augenfällig, dass die Abgabe die Unternehmen genau dann am stärksten belastet, wenn die Wirtschaft in einer Rezession steckt und die Unternehmen auf neues Eigenkapital angewiesen sind. Besonders hohe Einkünfte verbuchte die Emissionsabgabe ausgerechnet in den Krisenjahren 2001 (375 Mio.) und 2008 (365 Mio.). Die Emissionsabgabe behindert unnötig die Aufnahme von neuem Eigenkapital und sorgt zu einem falschen Zeitpunkt für zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft, weshalb sie abgeschafft werden muss.

Gängige Praxis schützt

Mensch und Tier

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» fordert ein vollumfängliches Verbot von Tierversuchen und von Forschung am Menschen. Ausserdem sollen Einfuhr und Handel sämtlicher Produkte verboten werden,

die unter Anwendung von Tier- oder Menschenversuchen entwickelt wurden. Damit hätte die Initiative weitreichende negative Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Schweiz, die Industrie und den Schweizer Forschungsplatz. In der Schweiz sind Forschende bereits heute verpflichtet, Tierversuche auf ein Minimum zu beschränken und wenn immer möglich Alternativmethoden zu wählen. Unter Beteiligung der Industrie und der Hochschulen konnte im Zuge der 3R-Bestrebungen (Refine, Reduce, Replace) die Anzahl Tierversuche seit den 1980er-Jahren bereits um 70 Prozent gesenkt werden. Zusätzlich hat der Bundesrat kürzlich ein mit 20 Millionen Franken dotiertes Forschungsprogramm zur Weiterentwicklung der 3R-Prinzipien lanciert, um Tierversuche weiter zu reduzieren und die Versuche weniger belastend zu gestalten.

Forschungsstandort schützen

Die Initiative schwächt den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz und

setzt somit den zentralen Faktor für Erfolg und Wohlstand in unserem Land aufs Spiel. Unternehmen und Forschungsinstitute müssten Teile ihrer Aktivitäten auslagern oder die Schweiz ganz verlassen. Am Ende wäre also weder Tieren noch Menschen geholfen, denn durch die Annahme der Initiative würde die Forschung nicht mehr in der Schweiz stattfinden, sondern müsste ins Ausland verlagert werden, wo die Standards zum Tierschutz sehr oft niedriger sind als in der Schweiz. Mit dem Verbot der Einfuhr gewisser Produkte bricht die Schweiz zudem mit geltenden internationalen Verträgen, woraufhin Vergeltungsmassnahmen nicht auszuschliessen wären. Damit würde die Schweizer Exportindustrie in ihrem Aufschwung nach der Pandemie gebremst – mit schädlichen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Zudem stellt ein Importverbot einen massiven Eingriff in die Schweizer Wirtschaftsfreiheit dar, weshalb die IHK die Initiative ablehnt.

Parolen der IHK Thurgau zur Abstimmung vom 28. November 2021

Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»

NEIN

COVID-19-Gesetz

JA

Parolen der IHK zur Abstimmung vom 13. Februar 2022

Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»

NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG)

JA

Sorgenfalten bei Ostschweizer Hochschulen werden tiefer

Die Schweizer Forschung sieht sich als Geisel in einem politischen Spiel. Die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen wählte drastische Worte in ihrer Reaktion auf den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen. Der Forschungsplatz Schweiz bekommt die Folgen des Abbruchs unmittelbar zu spüren.



Von Matteo Ferigutti

Für die internationale Forschungszusammenarbeit ist die Schweiz seit jeher eine gute Adresse. Schweizer Forschende beteiligen sich rege an internationalen Forschungsprojekten, sieben Schweizer Universitäten sind Stammgäste unter den weltweit besten

200 Universitäten und die Schweiz hat eines der besten Forschungssysteme überhaupt. Die Stärken des Schweizer Hochschulplatzes sind eng mit der internationalen Ausrichtung der Forschung verknüpft, welche durch die gescheiterten Verhandlungen um das Rahmenabkommen gefährdet wird. Denn galt die Schweiz beim ausgelaufe-

nen EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» noch als voll assoziiert, wird sie beim Nachfolger «Horizon Europe» nur noch als nicht assoziierter Drittstaat teilnehmen können. Die Gespräche über die Assoziierung wurden von der EU an den Erfolg des Rahmenabkommens geknüpft und konsequenterweise nicht aufgenommen.

Weniger Fördermittel – sinkender Einfluss

Die Auswirkungen dieser Abstufung sind unmittelbar spürbar. «Schweizer Forschende und Unternehmen können europäische Projekte nicht mehr koordinieren», sagt Prof. Dr. Priska Sieber, Rektorin der Pädagogischen Hochschule Kreuzlingen. Im Rahmen von «Horizon 2020» hätten 1185 wissenschaftliche Projekte unter Schweizer Leitung stattgefunden. Diese seien zu 40 Prozent mit Fördermitteln aus den ERC-Grants der EU gefördert worden – mehr als eine Milliarde Franken Fördermittel, die nun unerreichbar werden. «Ein Projekt zu koordinieren bedeutet, die zukünftigen Prioritäten der europäischen Forschung mitzubestimmen und damit die Entwicklung des Forschungs- und Innovationsraums auf kontinentaler Ebene zu gestalten», so Sieber. Doch nicht nur die Hochschulen seien von der



Prof. Dr. Sieber, Rektorin der Pädagogischen Hochschule Kreuzlingen, ist besorgt über die langfristigen Folgen der ausbleibenden Assoziierung der Schweiz bei «Horizon Europe».

Artikelreihe zum Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU

Am 26. Mai 2021 hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der Europäischen Union um ein Rahmenabkommen definitiv für beendet erklärt. Die 2013 aufgenommenen Verhandlungen, an deren Erfolg die Europäische Union verschiedene hängige Verhandlungen und Abkommen knüpfte, sind somit gescheitert. Da bisher keine Alternativlösung präsentiert wurde, sehen sich Wirtschaft und Wissenschaft mit diversen Herausforderungen konfrontiert. Als Stimme der Exportwirtschaft beleuchten wir diese in einer Artikelreihe näher. Im letzten FOKUS haben wir die Situation in der Medtech-Branche aufgezeigt. Diese kämpft seit Ende Mai mit steigenden Kosten durch zusätzliche bürokratische Hürden, nachdem die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen der Schweiz und der EU aufgehoben wurde. In der nächsten Ausgabe des FOKUS wird es dann um die Auswirkungen des Verhandlungsabbruchs auf den Strommarkt gehen.

Abstufung betroffen, sondern auch die KMU und die Industrie.

Standort Schweiz verliert Attraktivität

Fast 25 Prozent der in Horizon 2020 geförderten Schweizer Projekte wurden von KMU geleitet, ein Anteil, der auf 36 Prozent steigt, wenn man die Industrie mit einbezieht. «Diese direkte Förderung hat kein äquivalentes Instrument in der Schweiz», sagt Sieber. Die Entwicklung und Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen speziell für KMU und die Industrie dürfte nun schwieriger werden. Generell schadet die Nichtassoziiierung dem Schweizer Wirtschaftsstandort. Die Attraktivität und Innovationskraft des Schweizer Forschungsplatzes werden dadurch wesentlich geschwächt, wodurch die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb an Boden verliert. Bereits jetzt zeichnen sich schädliche Tendenzen in dieser Richtung im Forschungsbetrieb ab.

Mit Rahmenabkommen Anschluss wiederherstellen

«Schweizer Forschende werden teilweise von neuen Projekten sicherheitshal-

ber ausgeschlossen, da ihre Teilnahme nicht garantiert werden kann», sagt Eva Tschudi von der Fachhochschule OST. Von der OST seien momentan noch einzelne Institute an mehreren laufenden EU-Projekten und neuen Projektanträgen beteiligt. Allerdings habe man schon während der letzten Assoziierungsposse um «Horizon 2020» eine Halbierung des internationalen Forschungsvolumens in der Schweiz feststellen können. Die Auswirkungen der anfänglichen Nicht-Assoziierung der Schweiz bei «Horizon 2020» seien auch bei der Mobilität von Studierenden sowie Forschenden – Stichwort «Erasmus+» – spürbar gewesen, was zu beidseitigem Know-how-Verlust geführt habe. Prof. Dr. Sieber folgert, dass die Schweizer Regierung alles daran setzen müsste, ein Rahmenabkommen abzuschliessen, welches die EU als Bedingung für eine volle Assoziierung der Schweiz stellt. Die Drittklassigkeit der Schweiz im europäischen Forschungsbetrieb dürfte sich langfristig negativ auf die Schweizer Wirtschaft auswirken. Wenn der Schweiz der Nachwuchs an Toppersonal fehlt, werden die Innovation und Forschung in Zukunft leiden.

Smarte Lösungen für nachhaltige Lebensmittel

Das Innovationsforum Ernährungswirtschaft fördert den Wissens- und Technologietransfer zugunsten der ganzen Wertschöpfungskette von Lebensmitteln. Die Tagung richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter aus Forschung, Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Landwirtschaft, Politik und Verwaltung. Sie findet 2021 bereits zum zweiten Mal statt. Das Schwerpunktthema der zweiten Austragung ist «Smarte Lösungen für nachhaltige Lebensmittel».

Keynotes



Dr. Thomas Nemecek
stellvertretender Forschungsgruppenleiter
Ökobilanzen, Agroscope

Thema

Umweltwirkungen der Nahrungsmittelproduktion und Ernährung



Dr. Urs Schenker
Sustainability Expert, Nestlé Research

Thema

Milchproduktion & Klimawandel bei Nestlé

Weiteres Tagungsprogramm

Umfangreiches Programm mit 13 weiteren Beiträgen von GVS Agrar AG, Swiss Future Farm, BBZ Arenenberg, Steffen-Ris fenaco Genossenschaft, Verdunova AG, «Mehr als zwei», IP-SUISSE, OST – Ostschweizer Fachhochschule, SwissShrimp AG, Agroscope, Startnetzwerk Thurgau und 1LIMS. Möglichkeit zum Austausch bei Stehlunch und Apéro.

Die Tagung dauert von 8.30 bis 15.45 Uhr, anschliessend Apéro.

Anmeldung und Programm unter
innovationsforum-ernaehrungswirtschaft.ch



Anmeldung bis
26. November 2021

Veranstaltungsort

Swiss Future Farm
Tänikon 1, CH-8356 Ettenhausen

Teilnahmegebühr

CHF 80.-
Studierende gratis

Partnerschaftsabkommen EFTA-Indonesien in Kraft

Im Hinblick auf das Inkrafttreten des Abkommens hat der Bundesrat am 24. September 2021 die letzten notwendigen Ordnungsänderungen zur Umsetzung der im Abkommen vorgesehenen Zollkonzessionen beschlossen. Das Abkommen soll zur Dynamisierung der Handelsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien beitragen.

Das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) soll den Marktzugang und die Rechtssicherheit für den Handel mit Waren und Dienstleistungen verbessern. Für 98 Prozent der heutigen Warenausfuhren der Schweiz nach Indonesien werden nach Ablauf der Zollabbaufristen sämtliche Zölle wegfallen. Darüber hinaus umfasst das Abkommen insbesondere Bestimmungen zu Investitionen, zum Schutz des geistigen Eigentums, zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, zum Wettbewerb, zu Handelserleichterungen, zu Handel und nachhaltiger Entwicklung sowie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die Bestimmungen des Kapitels Handel und nachhaltige Entwicklung schaffen einen gemeinsamen und rechtlich verbindlichen Referenzrahmen für die präferenziellen Handelsbeziehungen und tragen dazu bei, dass die wirtschaftlichen Ziele des Abkommens Hand in Hand mit den Zielen des Schutzes der Umwelt und der Arbeitsrechte gehen. Für das aus Nachhaltigkeitssicht besonders sensible Palmöl sieht das Abkommen nur moderate Zollsenkungen



innerhalb eng beschränkter Kontingente vor. Importeure können Palmöl jedoch nur dann präferenziell einführen, wenn sie nachweisen, dass es nachhaltig produziert wurde.

Umfassendes und modernes Abkommen

Das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) und Indonesien wurde am 16. Dezember 2018 unterzeichnet, im Dezember 2019 von den Eidgenössischen Räten genehmigt und von der Stimmbevölkerung in der Abstimmung vom 7. März 2021 gutgeheissen. Das CEPA verbessert auf breiter Basis den Marktzugang und die Rechtssicherheit für die Wirtschaftsakteure und entspricht weitgehend den neueren, mit Drittstaaten abgeschlossenen Abkommen der EFTA-Staaten.

Die EFTA hat als erste Partnerin in Europa ein solches Abkommen mit Indonesien abgeschlossen. Das Abkommen erlaubt es, bestehende und potenzielle Diskriminierungen gegenüber aktuellen und zukünftigen Freihandelspartnern Indonesiens abzubauen und zu vermeiden.

Handelspartner mit Potenzial

Indonesien ist die grösste Volkswirtschaft Südostasiens und bevölkerungsmässig das viertgrösste Land der Welt mit einer wachsenden Mittelschicht. Im Jahr 2020 rangierte Indonesien im fünften Rang unter den Handelspartnern der Schweiz in Südostasien. Das Inkrafttreten des Abkommens birgt ein grosses Potenzial für Schweizer Wirtschaftsakteure, ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit diesem Partner zu verstärken.

Weitere Informationen
finden Sie unter
bit.ly/pem-info.



Was tun, wenn der Schuldner nicht zahlt?

Wer hat es nicht schon erlebt, welches Unternehmen ist damit nicht konfrontiert? Man erbringt eine Leistung, doch die Gegenleistung – meist eine Geldzahlung – bleibt aus. Wie kann man sich dagegen wehren? Und wie kann man sich davor schützen? Ein paar Tipps für vorbeugende und beschleunigende Massnahmen.



Bild: AdobeStock

Von Pascal Schmid

Überblick über das Betreibungsverfahren

Die Einleitung der Betreibung

Es gibt mehrere Wege, um nachträglich zu seinem Geld zu kommen. Die einen sind effizienter, die anderen weniger. Meist wird der Schuldner nach erfolgloser Mahnung betrieben. Das ist zwar einfach und kostengünstig, macht aber

nicht immer Sinn. Vor allem dann nicht, wenn man keine Trümpfe in der Hand hat – darauf komme ich noch zurück. Denn so einfach es ist, eine Betreibung einzuleiten, so einfach ist es auch, sie zu stoppen – fast noch einfacher.

Wird eine Betreibung eingeleitet, erhält der Schuldner vom Betreibungsamt einen Zahlungsbefehl. Darin wird er aufgefordert, zu zahlen – oder Rechtsvorschlag zu erheben. Der etwas altmodische Begriff «Rechtsvorschlag» be-

deutet nichts anderes, als dem Gläubiger den wesentlich steinigere Rechtsweg über die Gerichte «vorzuschlagen». Ein Rechtsvorschlag kostet nichts, kann mündlich abgegeben werden und bedarf keiner Begründung. Ein einfaches Mittel mit grosser Wirkung: Die Betreibung wird eingestellt, der Schuldner hat den Ball elegant ins Feld des Gläubigers zurückgespielt. Das Missbrauchspotenzial ist entsprechend hoch, und Konsequenzen drohen

dem widerspenstigen Schuldner keine. Was dann? Der Gläubiger hat drei Varianten: Verfügt er über einen Rechtsöffnungstitel – hier kommen die erwähnten Trümpfe ins Spiel –, kann er direkt beim Gericht Rechtsöffnung beantragen, womit der Rechtsvorschlag rasch und kostengünstig beseitigt wird. Es gibt zwei Arten von Rechtsöffnungstiteln: provisorische (v.a. Schuldanererkennungen) und definitive (v.a. Urteile). Liegt (noch) kein Rechtsöffnungstitel vor, muss der meist viel aufwendigere und kostspieligere ordentliche Prozessweg beschritten werden. Dieser beginnt in der Regel bei der Schlichtungsbehörde (Friedensrichter oder Mietschlichtungsbehörde), führt weiter zum Bezirksgericht und allenfalls gar bis zum Obergericht und zum Bundesgericht.

Die Fortsetzung der Betreuung

Wurde kein Rechtsvorschlag erhoben oder ist er beseitigt, kann die Betreuung fortgesetzt werden. Danach kommt es zur eigentlichen Zwangsvollstreckung, die je nach Eigenschaften des Schuldners in eine Pfändung (Spezialexécution) oder einen Konkurs (Generalexécution) mündet. Der Konkursbetreuung unterliegt (etwas vereinfacht dargestellt), wer im Handelsregister eingetragen ist. Aus dem Verwertungsergebnis werden dann – nach Abzug der Kosten – die offenen Forderungen gedeckt.

Wichtig zu wissen: Unterliegt der Schuldner der Konkursbetreuung und verfügt er über kein pfändbares Vermögen, führt der Konkurs ins Leere. Oft gehören ungeklärte Rechtsansprüche zum Vermögen des Schuldners, welche die Konkursämter aufgrund der entstehenden Gerichts- und Anwaltskosten nicht weiterverfolgen. Hinzu kommt: Der Gläubiger haftet für die Konkurskosten bis zur Einstellung, was ins Geld gehen kann. Bei einer Pfändungsbetreuung ist es ähnlich, wenn auch mit tieferen Kosten. Hier ist also Vorsicht geboten, denn niemand ist daran interessiert, «schlechtem Geld» «gutes Geld» nachzuwerfen.

Wie vorbeugen, wie beschleunigen?

Inkassorisiken minimieren

Die einfachste Möglichkeit, das Inkassorisiko zu minimieren, sind Kostenvor-



Rechtsanwalt Pascal Schmid war 12 Jahre Bezirksgerichtspräsident und ist seit September 2021 bei Muri Partner Rechtsanwälte AG tätig.

schüsse, Vorauszahlungen und weitere Absicherungen. Dies ist aber nicht in allen Geschäftsbereichen möglich, üblich oder durchsetzbar.

Generell empfiehlt es sich, die Zahlungsfähigkeit des Schuldners möglichst frühzeitig abklären – vor allem bei grösseren Geschäften und höheren Beträgen –, aber spätestens dann, wenn der Schuldner Rechtsvorschlag erhoben hat oder bevor ein Fortsetzungsbegehren gestellt wird. Ein Betreibungsregisterauszug kann dafür wertvolle Anhaltspunkte liefern.

Schuldanererkennung beschaffen

Oft erheben Schuldner grundlos Rechtsvorschlag, vielfach um Zeit zu gewinnen. Wer dann über eine Schuldanererkennung verfügt, ist im Vorteil, denn damit kann der Rechtsvorschlag via Rechtsöffnung relativ einfach beseitigt werden. Wichtig ist, dass der Schuldner die Forderung mit seiner Unterschrift anerkannt hat. Eine blosser Rechnung oder eine E-Mail genügen nicht. Das wird oft verkannt, was zu vielen Abweisungen von Rechtsöffnungsbegehren mit Kosten- und Entschädigungsfolgen und entsprechendem Frust auf Gläubigerseite führt.

Was aber genügt, sind unterschriebene Rechnungen oder Lieferscheine, sofern die Forderung darin anerkannt wird. Ein schriftlicher Vertrag ist nicht erforderlich, kann aber ebenfalls als Schuldan-

erkennung dienen. Problematisch wird es damit jedoch dann, wenn der Schuldner nicht vorleistungspflichtig ist und geltend macht, die Gegenleistung sei nicht gehörig erbracht worden.

Einigung suchen

Ohne Schuldanererkennung wird es schwieriger. Die direkte Einleitung einer Betreuung kann man sich hier sparen, ausser man spekuliert darauf, dass der Schuldner keinen Rechtsvorschlag erhebt.

Ist der Sachverhalt sofort beweisbar und die Rechtslage klar, kann beim Gericht um Rechtsschutz in klaren Fällen (beschleunigtes Verfahren) ersucht werden. Allenfalls findet sich mit dem Schuldner noch eine aussergerichtliche Einigung. Um erfolgreich zu sein, kommt es hier – bei allem Ärger – darauf an, wie der Kontakt gesucht wird: C'est le ton qui fait la musique.

Kommt keine Einigung zustande, bleibt als letzte Möglichkeit der ordentliche Prozessweg. Dieser beginnt bei der Schlichtungsbehörde, wo versucht wird, eine Lösung zu suchen, dies bei verhältnismässig geringen Kosten. Bei tiefen Streitwerten besteht die Möglichkeit, die Behörde um einen Entscheid (bis Fr. 2000.–) oder einen Urteilsvorschlag (bis Fr. 4000.–) zu ersuchen. Damit lässt sich der Gang ans Gericht oft noch vermeiden, da dieser bei solchen Streitwerten unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht sinnvoll ist.

RECHTSAUSKÜNFTE

Die IHK Thurgau bietet ihren Mitgliedern rechtliche Erstauskünfte an. Sie arbeitet mit der Kanzlei Muri Partner Rechtsanwälte AG in Weinfelden zusammen.

Anfragen sind zu richten an Pascal Schmid, lic. iur., Rechtsanwalt, Partner Schmidstrasse 9, 8570 Weinfelden www.muri-anwaelte.ch pascal.schmid@muri-anwaelte.ch

Tel. +41 (0) 71 622 00 22.

Die Mitglieder der IHK erhalten dort eine Erstbeurteilung ihrer rechtlichen Fragen.

Ein Leuchtturm für den Wirtschaftsstandort Thurgau

Mit dem Berufsbildungscampus Ostschweiz hat der Thurgauer Gewerbeverband ein Projekt mit grosser wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung lanciert. Er setzt aber auch ein Zeichen für die nächsten Generationen.



Der Stiftungsrat des Berufsbildungscampus Ostschweiz (vlnr): Ständerat Jakob Stark, Prof. Dr. Maïke Scherrer, Urs Schock, lic. iur. Matthias Hotz, Silvia Sutter, Peter Hochuli, Hansjörg Brunner.

Bild: TGV

Von Marc Widler/Thurgauer Gewerbeverband

Das Schweizer Berufsbildungsmodell stützt sich auf drei Lernorten ab: Der Berufsschule, wo das theoretische Wissen vermittelt wird, dem ausbildenden Lehrbetrieb, wo die angehenden Berufsfachkräfte das theoretische Wissen anwenden und üben können, sowie

der berufspraktischen Ausbildung, den sogenannten überbetrieblichen Kursen (üK). Für die Berufsentwicklung, Bildungsinhalte und Durchführung der üK sind die Branchenorganisationen und Berufsverbände verantwortlich, welche je nach Anzahl Lehrverhältnisse kantonal oder überregional organisiert sind. Mit dieser Kompetenzregelung wird ei-

nerseits eine hohe Qualität in der Ausbildung sichergestellt und andererseits den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung getragen. Dadurch erlangen junge Berufsfachkräfte mit der Ausbildung eine hohe Arbeitsmarktfähigkeit. Megatrends wie Digitalisierung und Globalisierung sowie eine neue Wissenskultur stellen an die Lernenden in der

heutigen Zeit jedoch immer höhere Ansprüche. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und die Arbeitsmarktfähigkeit nach der Lehre zu gewährleisten, bedarf es in der Berufsausbildung moderner Infrastrukturen sowie zeitgemässen Ausbildungs- und Instruktionmaterials.

Synergien branchenübergreifend nutzen

Die zunehmenden Anforderungen an die Lernenden haben in den vergangenen Jahren branchenübergreifend in der berufspraktischen Ausbildung zu knappen Raumkapazitäten geführt, da in vielen Berufen die Anzahl üK-Tage während der Lehre erhöht und bei einigen Berufen sogar die Lehrzeit um ein Jahr verlängert wurde. Um diesen Herausforderungen in der Gesamtheit zu begegnen, hat der Thurgauer Gewerbeverband das Projekt «Berufsbildungscampus Ostschweiz» lanciert. Ziel des Projekts ist der Bau und Betrieb eines zentralisierten, branchenübergreifenden üK-Standorts im Kanton Thurgau, welcher nicht nur das Problem der Raumkapazitäten langfristig löst, sondern auch zahlreiche Synergien in der Berufsausbildung möglich macht: Beispielsweise durch die gemeinsame Nutzung von Instruktion- und Ausbildungsmaterial und Sozial- und Gemeinschaftsräumen oder durch Kosteneinsparungen dank einer gemeinsamen Organisation, Administration oder IT. Die Realisierung des Berufsbildungscampus Ostschweiz setzt gleichzeitig ein Zeichen für die nächste Generation und den Stellenwert der Berufsausbildung, denn über 70% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger absolvieren im Kanton Thurgau nach der Sekundarschule eine Berufslehre.



Der Thurgau als Ostschweizer Berufsbildungszentrum

Einige Branchenorganisationen mit einem überregionalen Einzugsgebiet, deren üK im Moment nicht im Kanton Thurgau stattfinden, haben bereits das Interesse am Berufsbildungscampus Ostschweiz bekundet und angezeigt, allenfalls den üK-Standort in den Kanton Thurgau zu verlegen. Während Thurgauer Lernende dadurch von kürzeren Anreisewegen profitieren, erhalten auswärtige Lernende einen Bezug zum Wirtschaftsstandort Thurgau. Letzteres könnte zur Verringerung des hiesigen Fachkräftemangels beitragen. Eine Alumni-Organisation von ehemaligen Lernenden des Berufsbildungscampus Ostschweiz würde diesen Effekt noch verstärken. Am Abend und an den Wochenenden steht die berufliche Weiterbildung im Zentrum.

Eröffnung in Sulgen in rund fünf Jahren

Als Trägerschaft des Projekts tritt eine Interessengemeinschaft auf, welche derzeit aus 30 Branchenorganisationen besteht. Davon haben bislang elf Berufsverbände einen unmittelbaren Raumbedarf angemeldet, die übrigen Verbände tragen das Projekt aus ideo-

logischen Überlegungen, weil der zusätzliche Raumbedarf sich im Moment noch zu wenig konkretisiert hat oder noch langfristige Verträge am aktuellen Standort bestehen. An der letzten Sitzung der Interessengemeinschaft wurde ein möglicher Standort in Sulgen evaluiert, welcher die meisten Vorteile gegenüber den ursprünglich neun Standortvorschlägen ausgewiesen hat. Weitere Abklärungen und Konkretisierungen zum Standort Sulgen sind bereits am Laufen. Ausgehend von einer Planungsphase von rund zwei Jahren und einer Umsetzung der ersten Baustufe von weiteren zwei Jahren ist der Bezug des Berufsbildungscampus Ostschweiz bereits im Jahr 2025 möglich. Als Eigentümerin des Berufsbildungscampus Ostschweiz wurde im Frühjahr eine Stiftung konstituiert, die während der Bauphase als Bauherrin auftritt und später auch für den Betrieb verantwortlich ist.

Verwendung der Partizipationserlöse für die Mitfinanzierung

Aufgrund der grossen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Projekts hat der Thurgauer Gewerbeverband beim Kanton einen Antrag zur finanziellen Unterstützung eingereicht, um die Mittel für strategische Investitionen aus den Partizipationserlösen für den Berufsbildungscampus Ostschweiz zu verwenden. Das Geschäft wird derzeit in der vorberatenden Kommission behandelt. Nach Auffassung des Wirtschaftsverbands werden sämtliche Beurteilungskriterien in einem hohen Masse erfüllt. Mit der Beteiligung des Kantons wäre auch die Finanzierung des Projekts Berufsbildungscampus Ostschweiz geregelt.

Ihr Bauplatz im Gewerbegebiet der Zukunft | Nachhaltig. Wirtschaftlich. Zukunftsorientiert.
in Radolfzell am Bodensee

blurado.

Infos und Bewerbung unter www.blurado.de



Eine Visionärin besucht das STARTUp Forum Thurgau 2021

Das STARTUp Forum Thurgau 2021, welches am 1. Oktober 2021 in Weinfelden stattfand, war ein Riesenerfolg für über 100 Jungunternehmer und Jungunternehmerinnen. Nebst spannenden Vorträgen von erfolgreichen Thurgauer STARTUps, hatten die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit sich auszutauschen. Zudem konnten sich einige innovative Startups mit Ausstellungsständen präsentieren.

Von Franziska Bachmann

Auch Francielly Lautenschlager, Gründerin von LuftKuss GmbH, war als Besucherin des STARTUp Forums Thurgau 2021 mit dabei. Die Gründerin sagt über sich, eine Visionärin mit grossen Träumen zu sein, an denen sie sich orientiert und sie umzusetzen versucht. Wenn ihr Herz und ihre Leidenschaft für etwas brennen, ist sie nicht mehr aufzuhalten, springt oder klettert über jeden Stolperstein und hält an ihrer Vision fest. Am liebsten bewegt sich die Firmengründerin in der Natur, wo sie ihre Energie sammelt und ihre Gedanken sortiert. Im Interview erzählt uns Francielly über ihre Motivation an der umweltbewussten Mode und deren innovative Verpackung.

Liebe Francielly, schön, dass du am STARTUp Forum Thurgau 2021 dabei warst. Was hat dir besonders gut gefallen und was nimmst du davon auf deinen Weg mit?

Das STARTUp Forum ist eine gute Möglichkeit, sich mit anderen Gründerinnen und Gründern auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen. Die Referate waren sehr spannend und haben mich erneut dazu ermuntert nicht aufzugeben, stets aktiv zu bleiben und weiterzumachen. Speziell, was den Bereich Investorensuche betrifft.



Francielly Lautenschlager, Gründerin der LuftKuss GmbH.



Du hast selbst ein Startup mit dem Namen LuftKuss. Was kannst du mir über dein Unternehmen erzählen?

Bei LuftKuss geht es um umweltbewusste Mode. Die Fast-Fashion-Industrie ist ein grosses Problem der heutigen Zeit, da diese auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt geht. LuftKuss versucht dem entgegenzuwirken, indem wir unsere Kleidung ausschliesslich in Europa produzieren lassen. Hierdurch erhalten wir die Möglichkeit, Produktionsstätten regelmässig zu besuchen und Einblicke in die verschiedenen Arbeitsprozesse zu erhalten. Für unsere Mode nutzen wir innovative Materialien wie Holzfaser und Bambus, die in der Verarbeitung weniger Wasser und Chemikalien benötigen als konventionelle Kleidung. Wir arbeiten ausschliesslich mit Produzenten zusammen, die z.B. mit Öko-Tex 100 oder GOTS (Global Organic textile Standard) zertifiziert sind.

Mir ist es bewusst, dass eine 100% Nachhaltigkeit in unserer Welt nicht möglich ist, ansonsten müssten wir alle im Wald leben und Selbstversorger sein. Selbst mit kleinen Schritten kann man auf Dauer viel bewegen, das Bewusstsein schärfen und hierdurch die Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen.

Was unterscheidet dich von anderen Onlinekleidershops?

Durch innovative und qualitativ hochwertige Materialien. Zum einen sind unsere Verpackungen zu 100% aus Südtiroler-Apfeltrester, zum anderen sind unsere Retouren kostenpflichtig. Hierdurch vermeiden wir ein Übermass an

Retouren, fördern das bewusste Einkaufen. Und unsere Mode ist weder verstaubt noch langweilig, sondern cool, lässig und schick.

Am STARTUp Forum Thurgau 2021 gab es einige Geschichten von erfolgreichen Startups. Was hat dich dazu bewegt, dich selbstständig zu machen und LuftKuss zu gründen?

Die Liebe zur Natur und die Liebe zur Mode liess meine Entscheidung reifen, insbesondere weil ich auf der Suche nach umweltbewusster Mode erkennen musste, dass die Auswahl bis dato doch sehr begrenzt ist und mir bei den gefundenen Anbietern der «Pep» gefehlt hat. LuftKuss möchte zeigen, dass umweltbewusste Mode auch «anders» geht.

Alexander Schueller von cellvie sowie Carol-Anne Krecht von MiSANTO haben erzählt, dass es einige Herausfor-

derungen gibt, welche ein Startup meistern muss. Welches waren deine Herausforderungen?

Die Materialsuche war für uns eine der grössten Herausforderungen. Was ebenfalls viel Zeit in Anspruch genommen hat, war die Bürokratie, um herausfinden, welche Formalitäten ein Startup einhalten muss. Nun geht es darum, dass wir uns im Bereich soziale Medien weiterentwickeln. Das Potenzial ist hier von unserer Seite nur minim ausgeschöpft, es gibt noch viele Möglichkeiten und Tools, die wir nutzen werden. Mitte Oktober habe ich über das START Netzwerk Thurgau ein sehr informatives Seminar zum Thema Social Media Trends 2022 besucht. Dieses hat mir sehr geholfen und ich konnte viele Informationen und Anregungen mitnehmen.

Nebst Herausforderungen gibt es auch immer wieder Erfolge. Welche Erlebnisse und Momente gehören zu den Erfolgen von LuftKuss?

Als wir endlich unsere Kleidung in den Händen hielten und wussten, dass es nun losgeht. Der Online-Shop ging ans Netz. Dieser grosse Moment war am 3. September 2021 – ein tolles Gefühl!

Francielly ist mit ihren Herausforderungen nicht alleine. Das Gründen eines Startups birgt so einige Schwierigkeiten in sich und benötigt zudem Mut und Energie. Alexander Schueller von cellvie gab den Gründern und Gründerinnen am STARTUp Forum Thurgau 2021 Folgendes auf den Weg: «Habt keine Angst, packt einfach einmal an und arbeitet hart, um euer Ziel zu realisieren».



Projektteam der «Zur Rose» gewinnt WTT Young Leader Award

Der diesjährige WTT YOUNG LEADER AWARD in der Kategorie Marktforschung und Managementkonzeption ging an das «Team Zur Rose», welches im Auftrag des IHK-Mitglieds «Zur Rose Suisse AG» eine Marktforschungsstudie in verschiedenen Arztpraxen durchführte. Das Team überzeugte die Jury mit klaren Ergebnissen und seiner grossen Motivation.

1993 wurde «Zur Rose» von Ärzten als Grossistin für Arztpraxen gegründet, die selbst Medikamente abgeben. Heute laufen rund ein Viertel der Medikamente in Schweizer Arztpraxen über das Frauenfelder IHK-Mitglied. Mit dem Trend zu Gemeinschaftspraxen und medizinischen Zentren entsteht auch neues Potenzial in der Medikamentenlogistik grosser Praxisapotheken. In diesem Bereich können mithilfe von Digitalisierungsprozessen Effizienzgewinne erzielt werden, wie eine Gruppe von Studierenden der Fachhochschule OST in einer Studie darlegen konnten. Die Studierenden gewannen mit ihrer Projektarbeit den WTT YOUNG LEADER AWARD in der Kategorie Marktforschung und Managementkonzeption.

Wertvolle Sekunden durch Automatisierung

«Mit dem Medikamentenautomat sparen Praxen Zeit für Patienten», sagt Gaudenz Weber, Leiter Marketing Ärzte bei «Zur Rose». Da viele Prozesse in den Praxen am Limit laufen, sei jede eingesparte Minute willkommen. Die Studierenden gingen für die Datenerhebung mit Stoppuhren in verschiedene Arztpraxen und konnten so eindeutige Fakten darlegen. In Praxen mit einem Medikamentenautomat konnte der Zeitaufwand bei der Medikamentenausgabe um 35% verringert und zudem 20% direkte Kosten gespart werden. Die auto-



Die Freude über den Gewinn des WTT YOUNG LEADER AWARDS war sowohl bei den Studierenden als auch beim Auftraggeber, der «Zur Rose AG», gross.

matisierte Medikamentenbewirtschaftung schafft gegenüber der manuellen Medikamentenausgabe klare Vorteile. Mit diesen Ergebnissen lieferte das Projektteam schlagkräftige Argumente für das Marketingteam von «Zur Rose». Das Frauenfelder Unternehmen bietet digitale Services für moderne Praxisapotheken an. Auftraggeber Gaudenz Weber zeigte sich zufrieden: «Das Bauchgefühl, dass in Arztpraxen mit Automatisierung Zeit gespart werden kann, hat sich bestätigt.»

Förderung junger Wirtschaftstalente

Die WTT Wissenstransferstelle ist ein Angebot der Fachhochschule OST für Unter-

nehmen und öffentliche Institutionen, um Marktforschungen und Managementkonzeptionen durchzuführen. Dabei werden Studierende der Betriebsökonomie und der Wirtschaftsinformatik zu Projektteams zusammengestellt. In enger Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber und mit Begleitung von OST-Dozierenden sollen die mit der Kundschaft definierten Projektziele methodisch korrekt und direkt anwendbar erfüllt werden. Mit dem WTT YOUNG LEADER AWARD werden die besten Projekte geehrt. Die IHK leistet als Patronatspartnerin einen Beitrag zur gezielten Förderung der Ausbildung junger Wirtschaftstalente in der Ostschweiz.

WFT: Der Thurgau ist ein exklusiver Kanton am Bodensee

Wirtschaft und Politik im Jahr 2030 war das Thema des 25. Wirtschaftsforums Thurgau, welches von hochkarätigen Referenten, wie SRF Direktorin Nathalie Wappler, Autorin Tabea Steiner, Staatssekretärin des EDA, Livia Leu, Hamilton CEO, Andreas Wieland, und weiteren aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wurde. Henriette Engbersen moderierte das Forum.

Hansjörg Brunner, Präsident des Thurgauer Gewerbeverbands, blickte auf 25 Jahre Wirtschaftsforum mit über 100 spannenden Referaten zurück. Regierungspräsidentin Monika Knill erklärte stolz: «Der Thurgau ist ein exklusiver Kanton am Bodensee». Aufgelockert wurden die Referate mit Auftritten von Lara Stoll, Slam-Poetin und Gewinnerin des Salzburger Stiers 2021.

Aussenblick auf den Kanton Thurgau

Nathalie Wappler, die in Kreuzlingen aufgewachsen ist, erklärte, wie sie den Kanton Thurgau heute wahrnimmt. Heute sei sie überzeugt, dass der Thurgau mehr ist als ein Apfelkanton. Mit feministischen Gedanken setzte sich Autorin Tabea Steiner kritisch mit der Zukunft auseinander. Sie wies darauf hin, dass Frauen heute noch benachteiligt werden.

Kanton der schnellen Schritte

Über Zukunftsvisionen diskutierten Martin und Rebecca Kull, Brigitte Kaufmann, Nathalie Wappler und Tabea Steiner gemeinsam mit Henriette Engbersen. Brigitte Kaufmann, Präsidentin des Grossen Rats, wünschte sich weniger Bescheidenheit. Ihre Vision für den Kanton Thurgau 2030: «Nicht ein Kanton der kurzen Wege, sondern ein Kanton der schnellen Schritte».

Globale Arbeits- und Wirtschaftswelt 2030 und die Auswirkungen auf die



Schweiz war das Thema der zweiten Diskussionsrunde mit dem ehemaligen Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung Serge Gaillard und dem Chefökonom der UBS Daniel Kalt. Diskutiert wurde über Finanzen, Klima, Staatsschulden, Fachkräftemangel, Altersfinanzierung, Arbeitsplatzorganisation und Lieferkettenschwierigkeiten.

Dass es zu Liefer- und Transportengpässen erst gar nicht kommen muss, erklärte Andreas Wieland, CEO der Hamilton AG. Sein Unternehmen habe die Corona-Krise früh erkannt und die Lagerbestände aufgestockt. Stolz erklärte er: «Jedes fünfte Beatmungsgerät im weltweiten Einsatz kommt heute aus Graubünden, zwei Drittel aller automatisierten PCR-Tests laufen mit der Technologie von Hamilton und 90% der Impfstoffhersteller nutzen Sensoren

aus Graubünden». Über das Verhältnis zur Europäischen Union, zu den USA und zu China referierte Livia Leu, Staatssekretärin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Sie wies darauf hin, dass die Aussenpolitik für den Wohlstand der Schweiz wichtig sei und die Schweiz sich nicht erlauben könne, die Rolle eines Zuschauers einzunehmen. Sie unterstrich aber auch, dass die Schweiz als attraktiver Partner viel zu bieten habe, vor allem sei sie als Brückenbauer im internationalen Spannungsfeld anerkannt.

Nach einem kurzen Rückblick auf die letzten 25 Jahre Wirtschaftsforum Thurgau mit den Gründern Markus Vogt, Christian Neuweiler und Hansjörg Brunner haben alle auf das Jubiläum angestossen.

Im Verhältnis zur EU liegt der Ball bei der Schweiz

Seitdem der Bundesrat die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen abgebrochen hat, herrscht Unklarheit über das künftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Am 27. Oktober diskutierten die beiden IHK Thurgau und St. Gallen-Appenzell mit EU-Botschafter Petros Mavromichalis, alt Staatssekretär Jakob Kellenberger und weiteren Bühngästen, was dies für die Wirtschaft bedeutet und wie es weitergehen könnte – gerade auch aus der Aussenperspektive.

Vor bald einem halben Jahr brach der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen ab. Seither ist die Zukunft des bilateralen Wegs, welcher der Schweizer Wirtschaft bis anhin einen präferierten, barrierearmen Zugang zum EU-Binnenmarkt sicherte, in Frage gestellt. Was das konkret bedeutet, wird in der Schweiz rege diskutiert. Doch wie beurteilt man die Lage aus Sicht der EU? Rund 100 Gäste folgten am 27. Oktober der Einladung der beiden Ostschweizer IHK in die St.Galler Lokremise, wo mit namhaften Gästen die Aussensicht auf die Schweiz diskutiert wurde. Unter anderem nahmen der EU-Botschafter Petros Mavromichalis und Jakob Kellenberger, ehemaliger Staatssekretär und Chefunterhändler bei den Bilateralen I, Stellung zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU.

Alles nur ein Missverständnis beim Rahmenabkommen?

Einleitend zog Georges Baur, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut, Bilanz zu den Verhandlungen über das Rahmenabkommen. In der Schweizer Politik hätte es einige Missverständnisse über die Verhandlungen mit der EU gegeben – gewollte sowie ungewollte. Die Bilateralen seien nicht nur Marktzugangsabkommen, die Schweiz nehme über sie auch am Binnenmarkt teil – und dafür gäbe es Bedingungen,



Jakob Kellenberger, ehemaliger Staatssekretär für Auswärtiges und Chefunterhändler der Bilateralen I (rechts), im Gespräch mit IHK-Direktor Markus Bänziger.

welche die Schweiz nicht erfülle. «In der Schweiz wird seit 30 Jahren ignoriert, dass die EU klare Kriterien für die Binnenmarktteilnahme kennt. Diese Kriterien kann die EU in politischen Verhandlungen nicht preisgeben. Sie sind durch das europäische Recht definiert», erklärte Baur und legte so das inhaltliche Fundament für die folgenden Diskussionen.

Position der EU ist bekannt

Petros Mavromichalis, Botschafter der EU für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein, legte die resultierende Position der EU dar: Ohne Klärung der institutionellen Fragen habe der bilaterale Weg keine Zukunft mehr. «Diese Haltung hat die EU der Schweiz wieder-

holt und deutlich dargelegt, und sie entspricht der einstimmigen Meinung ihrer Mitgliedstaaten», so Mavromichalis. Brüssel sei stets zu politischen Gesprächen bereit, wie sie der Bundesrat nun anstrebe, doch diese seien «kein Substitut für eine Lösung». Was es nun brauche, sei ein Entscheid der Schweiz: Wolle sie den bilateralen Weg in die Zukunft führen, so müsse man diesen weiterentwickeln. «Der Status Quo ist für die EU keine Option», betonte Mavromichalis. Auch Jakob Kellenberger, welcher als ehemaliger Staatssekretär für Auswärtiges die Bilateralen I ausgehandelt hatte, sieht den Ball bei der Schweiz: «Das Vorgehen der Schweiz ist zu zögerlich. Sie muss sich bewusst



Jérôme Müggler, Direktor IHK Turgau.

werden, ob sie den bilateralen Weg riskieren oder festigen will.» Die Bilateralen I seien nie als dauerhafte Lösung gedacht gewesen, rief Jakob Kellenberger in Erinnerung und legte dar, dass die Bilateralen an sich bereits eine Konzession der EU darstellten: «Die EU hätte gar nie auf diese Verhandlungen eintreten müssen. Schliesslich hatte sie mit dem EWR bereits eine Alternative geboten für europäische Staaten, die nicht in die EU wollten.»

Die Wirtschaft zahlt den Preis

Die mangelnde Einigkeit zwischen der Schweiz und der EU ist im Unternehmensalltag bereits spürbar, wie Thomas Köppel, CEO der This AG, darlegte. Als Medtech-Unternehmen mit Sitz im Rheintal hat die This AG den Verhandlungsabbruch beim Rahmenabkommen direkt zu spüren bekommen: Am selben Tag, als der Bundesrat diesen bekanntgab, verlor die Schweizer Medizinal-



Medtech-Unternehmer Thomas Köppel.



Undine Zach-Palvelli von der Österreichischen Wirtschaftsdelegation.



EU-Botschafter Petros Mavromichalis.

technik den gleichberechtigten Zugang zum Binnenmarkt. Für den Export in die EU sei damit eine deutliche Hürde geschaffen worden, betonte Thomas Köppel: «Eine Hürde, die dutzende Schweizer Unternehmen und noch mehr Produkte nicht werden nehmen können.» Die Probleme würden ihn eins zu eins an jene im Geschäftsverkehr mit Grossbritannien seit dem Brexit erinnern, so Thomas Köppel. Undine Zach-Palvelli, Österreichische Wirtschaftsdelegierte Stellvertreterin

für die Schweiz, erläuterte demgegenüber die Perspektive der österreichischen Wirtschaft auf den Verhandlungsabbruch. «Aktuell sind die Probleme noch überschaubar. Die Unsicherheit in Bezug auf die Geschäftstätigkeit mit der Schweiz nimmt aber spürbar zu», führte Undine Zach-Palvelli aus und ergänzte anschaulich: «Selbst eine Insel, wie sie die Schweiz zuweilen sein möchte, braucht eine stabile Verbindung zum nahen Festland.»

Den bilateralen Weg in die Zukunft führen

Angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen bleibt für die Ostschweizer Industrie- und Handelskammern klar, dass die Vorteile einer Binnenmarktteilnahme deutlich überwiegen, wie Markus Bänziger, Direktor der IHK St.Gallen-Appenzell, ausführte. «Die Ostschweizer Wirtschaft ist angewiesen auf tragfähige, rechtssichere Beziehungen zur EU. Dies bedingt eine zeitnahe Weiterentwicklung dieser Beziehungen, gerade auch zur Klärung der institutionellen Fragen.» Die bestehenden Marktzugangsabkommen, insbesondere die Bilateralen I, seien heute und in Zukunft sicherzustellen. Gleichzeitig müssten neue Marktzugangsabkommen im Interesse der Schweiz möglich sein, so Markus Bänziger. Weiterhin benötigten die Abkommen eine juristische Instanz zur Streitbeilegung. «Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen: Versucht man, Streitigkeiten auf dem politischen Weg zu lösen, kann sich die Schweiz nicht gegen Strafaktionen der EU wehren», betonte Markus Bänziger.



Kompetente Gesprächsrunden.



WILWEST 
Die Zukunft liegt bei uns.

Der Bau von ÖV-Haltestellen ist ein zentrales Element von Wil West. Die Frauenfeld-Wil-Bahn wird eine eigene Haltestelle beim Areal erhalten. Auf dem Bild sieht man im Vordergrund die Frauenfeld-Wil-Bahn, dahinter das Areal Wil West (Gebiet Gemeinde Münchwilen) und am Horizont die Stadt Wil.

www.wilwest.ch

WILWEST – Attraktives Areal in Thurgauer Hoheit

WILWEST hebt das Selbstvertrauen einer ganzen Region auf ein neues Niveau und bietet Unternehmen, Arbeitnehmenden sowie Familien eine wichtige Perspektive. Das Unterfangen schafft nicht nur Arbeitsplätze und fördert die Wirtschaft, sondern strahlt über die Region hinaus. Dem Kanton Thurgau kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

«Nach Winterthur hört die Schweiz auf.» Falsch. Dort kommt mit der Region Wil nämlich das Tor zur Ostschweiz, ein Tor, das man unbedingt durchschreiten und entdecken sollte, was sich dahinter alles verbirgt. Doch mit WILWEST weilt die Region ohnehin nicht länger im Verborgenen. Sie gewinnt an Strahlkraft und entwickelt ein ganz neues Selbstvertrauen.

Wirtschaftlich attraktiv und nachhaltig gedacht

In den nächsten 20 bis 30 Jahren soll das Gebiet Wil West in den Gemeinden Münchwilen und Sirnach zu einem at-

traktiven Wirtschaftsstandort mit bis zu 3000 Arbeitsplätzen ausgebaut werden. Bestehenden und sich neu ansiedelnden Unternehmen stehen grosse, zusammenhängende Flächen an optimal erschlossener Lage zu Verfügung. Industrie- Gewerbe- und Dienstleistungsflächen werden auf einem Gebiet konzentriert, sodass der Zersiedelung in den Gemeinden entgegengewirkt werden kann.

Ein Hingucker

Wie kann eine Wirtschaftsentwicklung wie WILWEST denn Strahlkraft entfalten, könnte man nun einwenden. Sper-

rige Lagerhallen und unattraktive Firmenkomplexe sehen einige schon vor dem inneren Auge. Doch Wil West wird auch ästhetisch ein Hingucker: Der Kanton St.Gallen als grösster Grundeigentümer von Wil West achtet nämlich schon beim Landverkauf darauf, dass interessierte Unternehmen in Bezug auf Gestaltung und Effizienz gewisse Standards erfüllen müssen. Vor allem sind aber die Kriterien in den Zonenvorschriften und im Richtprojekt entscheidend. Da Wil West hoheitlich in den Kanton Thurgau fällt, beschreibt er, was bei der Gestaltung der Frei- und Grünräume oder der Verwendung von Baumaterialien zugunsten eines stimmigen Gesamtbilds zu beachten ist. Wer also auf den eigenen Autobahnanschluss von Wil West zufährt oder an den neuen ÖV-Haltestellen des Areals aus dem Zugfenster blickt, denkt nicht an ein typisches Industrieareal, sondern an eine moderne und lebendige Region.

Politik nimmt den Ball auf

Bevor Bilder wie das der «Dreibrunnenallee» in Münchwilen (siehe Bild) Realität werden, nimmt die Politik den Ball auf. Voraussichtlich im November 2021 und Februar 2022 berät der Kantonsrat

St.Gallen den Sonderkredit von gut 30 Millionen Franken für die Arealentwicklung Wil West. Dieser wird hauptsächlich für die Arealerschliessung, die Vermarktung und den Verkauf eingesetzt. Das letzte Wort dazu hätte dann das St.Galler Stimmvolk, wohl Ende 2022. Der Grosse Rat des Kantons Thurgau wird über die Erweiterungen des Netzes durch die neue 550 Meter lange Kantonsstrasse «Dreibrunnenallee» und die neuen Langsamverkehrsverbindungen in Form von separat geführten Fuss- und Radwegen befinden.

Einzonung des Areals mittels Kantonalen Nutzungszone

Damit 2024 die ersten Bauarbeiten erfolgen können, muss das Wil West-Areal in den Gemeinden Münchwilen und Sirnach rechtskräftig als Bauland eingezont werden. Die Einzonung erfolgt mit dem Erlass einer kantonalen Nutzungszone (KNZ), für die Ende September die dreimonatige öffentliche Mitwirkung abgelaufen ist. Das Amt für Raum und Entwicklung (ARE) des Kantons Thurgau hält die Fäden über die

Terminplan WILWEST

anfangs 2022	Grossratsbeschluss Kanton Thurgau Netzerweiterung Dreibrunnenallee und Fuss-/Radwege Kantonsratsbeschluss Kanton St.Gallen Sonderkredit Arealerschliessung
Ende 2022	Volksabstimmung Kanton St.Gallen Sonderkredit Arealerschliessung
ab Ende 2022	Start diverse Bewilligungsverfahren
ab 2024/2025	möglicher Baustart für: <ul style="list-style-type: none"> • Diverse Vorbereitungsarbeiten • Trasseeverlegung Frauenfeld-Wil-Bahn • Dreibrunnenallee
ab 2027/2028	möglicher Baustart für: <ul style="list-style-type: none"> • Gebäude • Autobahnanschluss Wil West • Netzergänzung Nord

eingegangenen Stellungnahmen zusammen. Kantonsplanerin Dr. Andrea Näf-Clasen will sich noch nicht zu stark in die Karten blicken lassen, da die Stellungnahmen noch detailliert ausgewertet werden müssen. So viel verrät sie aber: Die knapp 30 Eingaben umfas-

sen ein breites Spektrum an Fragen, Kritik, Vorschlägen und Anregungen. Generell hält die Thurgauer Kantonsplanerin fest: «Bei der Einzonung von Wil West wird mit den vielen Akteuren um geeignete Lösungen gerungen. Bisher ist das gut gelungen.»



So soll es in Wil West dereinst aussehen, wenn man von Bronschhofen her in die Dreibrunnenallee in Münchwilen blickt.

HRS Real Estate AG erhielt den «Thurgauer Apfel» verliehen

Gross war die Freude bei Martin und Rebecca Kull am Tag der Preisübergabe. Die Inhaber der Immobiliendienstleisterin HRS Real Estate AG (HRS) konnten am Donnerstag im Arboner Presswerk den Thurgauer Apfel entgegennehmen. Dabei handelt es sich mit HRS um den mittlerweile 23. Preisträger.

Von Christof Lampart

Mit dem Thurgauer Apfel werden herausragende unternehmerische Leistungen belohnt, die über die Kantons-grenzen hinausstrahlen. Dabei werden Firmen und Institutionen geehrt, nicht aber Einzelpersonen. Getragen wird der mit 10 000 Franken dotierte Motivationspreis gemeinsam von der Industrie- und Handelskammer Thurgau, dem Gewerbeverband Thurgau und der Thurgauer Kantonalbank und wird in Kooperation mit der Thurgauer Regierung verliehen. Die Ehrung fand nicht zufällig im Presswerk statt, gehört doch das historische Gebäude zum über 200 000 Quadratmeter grossen ehemaligen Industriearéal «Saurer Werk Zwei», das seit 2012 im Besitz der HRS ist und auf dem bis ins Jahr 2025 Gewerbe-, Dienstleistungs- und Wohnungsimmobilien im Wert von 570 Millionen Franken errichtet werden.

«Alleine hätten wir es nicht geschafft»

Arbons Stadtpräsident Dominik Diezi bezeichnete in seiner Laudatio die HRS als «Thurgauer Vorzeigeunternehmen», das «in den letzten Jahren ein wichtiger Partner für die Stadt Arbon geworden ist». Dabei habe sich die HRS oft als mutiger und schneller in ihrem Tun erwiesen als die Konkurrenz. Mutiger, weil im Jahr 2012 niemand das im Osten

des Thurgaus gelegene, mit Altlasten verseuchte und ohne Erschliessung brachliegende Areal habe kaufen wollen – ausser eben die HRS. Auch sei die HRS schnell gewesen. «Der Erwerb in Arbon ging schnell vonstatten», konstatierte Diezi, was Martin Kull zur Präzisierung verleitetete, dass dies nur möglich gewesen sei, weil man damals in der Thurgauer Kantonalbank eine Partnerin vorgefunden habe, die hinter der

Finanzierung gestanden habe. «Wir hatten nur zwei Wochen Zeit, um den Kauf zu realisieren. Allein hätten wir das nicht geschafft», so Kull zurückblickend. Auch Rebecca Kull betonte, dass sie auf diesen Preis «sehr stolz» sei. Das Preisgeld wird das Paar jedoch nicht für sich behalten: «Wir unternehmen damit etwas mit unserem Team, wenn es die Pandemie wieder zulässt», so Rebecca Kull.



Trophäe «Thurgauer Apfel» für die HRS Real Estate AG.

Bilder: Kirsten Oertle



Preisübergabe im Presswerk Arbon (v.l.n.r. Christian Neuweiler, Hansjörg Brunner, Rebecca Kull, Martin Kull, Thomas Koller und Daniel Wessner).



Dominik Diezi, Stadtpräsident Arbon, beglückwünscht die Preisträger in seiner Laudatio.

Jubiläum der Prematic AG

Im Rahmen des Kunden- und Partnerevents PLUS 21 lud die Prematic AG Gäste aus den unterschiedlichsten Bereichen nach Affeltrangen TG ein. Der Anlass bot ein abwechslungsreiches Programm – von Inspiration bis hin zu Talk und Networking.

Martin O., der bekannte Stimmenkünstler, hat es sich zum Einstieg zur Aufgabe gemacht, in seiner einmaligen Art und seiner vielseitigen Stimme die 60-Jahr-Geschichte der Prematic in Gesangsform dem Publikum zu präsentieren. Untermalt mit Bildern von den Anfängen bis in die heutige Zeit begeisterte er zum Auftakt den Saal mit seiner Kunst. Der Philosoph und Journalist Ludwig Hasler entführte die Zuhörerschaft in die Welt der Digitalisierung. Er zeigte auf, dass es unumgänglich ist, dass Maschinen, Computer und auch Roboter unser Leben nicht bedrohen, sondern bereichern werden – wenn man das aktiv zulässt. «Besser als die Maschine ist der Mensch nur als Mensch» unter dieser These vermittelte Hasler dem Publikum zahlreiche Beispiele, wie das zukünftige Zusammenspiel zwischen Mensch und Maschine funktionieren wird.

Die neueste Lagerhalle der Prematic AG war auch gleichzeitig Schauplatz des Geschehens. Als Komplettanbieter im Bereich Kompressoren, Pneumatik sowie Vakuum und Gebläse bietet die Prematic AG alles aus einer Hand an. Mit dem grössten Zubehörsortiment der Schweiz in diesen Bereichen ist man nicht nur der perfekte Partner für Neuan-

schaffungen, sondern auch für Ersatzteile. Mit über 10000 Lagerprodukten ist man bestrebt, Bestellungen am nächsten Tag ausliefern zu können.

Auch die Dienstleistungen rund um die Geschäftsbereiche der Prematic AG sind Stärken des Thurgauer Unternehmens. Eine eigene Service-Flotte mit ausgebildeten Fachleuten steht schnell zur Stelle, sollten irgendwo Anlagen stillstehen oder Service-Arbeiten vorgenommen werden müssen.

Unter der professionellen Leitung von Moderatorin Miriam Rickli talkten Grössen aus der Wirtschaft und dem Sport zu demselben Thema. Als Vertreter des Sports waren Matthias Hüppi, Präsident des FC St. Gallens, und Samuel Giger, aktuell der erfolgreichste Schwinger, zu Gast. Aus der Wirtschaft wurden die freien Stühle durch Katharina Lehmann, CEO/Inhaberin der Lehmann Gruppe und dem Hausherrn, Daniel Frefel, Geschäftsführer/Inhaber der Prematic AG, besetzt.

Unter dem Motto «Das war's» kümmerte sich Martin O. um die Zusammenfassung des gesamten Nachmittags. Spontanität, die Gabe, mit seiner Stimme Bilder zu erzeugen und die Art und Weise, wie Martin O. es versteht, sein Publikum zu fesseln, waren dann auch ein würdiger Abschluss für den Bühnenteil. Mit diesem fulminanten, stimmlichen Schlussbouquet schaffte es Martin O., die wichtigsten Aussagen der Protagonisten auf der Bühne in ein einziges Musikstück zu verpacken und auch in den Köpfen der Gäste zu verankern.

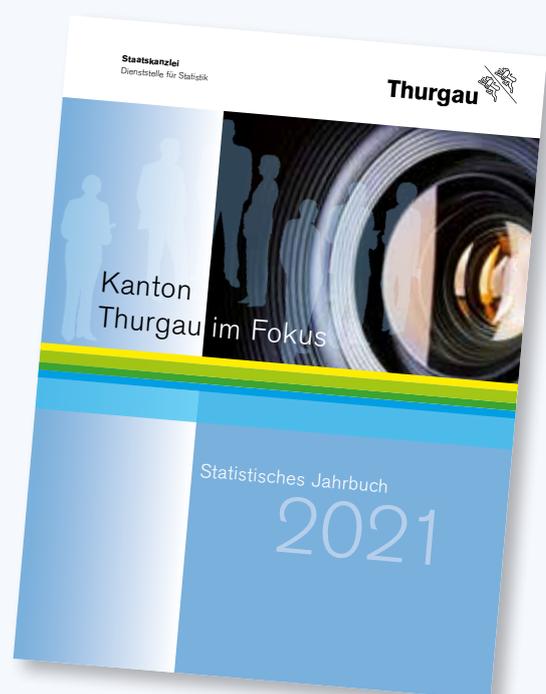
Den Thurgau entdecken

Die Ausgabe 2021 des statistischen Jahrbuchs «Kanton Thurgau im Fokus» ist soeben erschienen. Die farbige, übersichtliche Broschüre bietet eine Fülle von wissenswerten und spannenden Informationen zum Thurgau.

Das statistische Jahrbuch «Kanton Thurgau im Fokus» ist eine handliche, lebendig gestaltete Broschüre, die zum gezielten Nachschlagen ebenso wie zum Schmökern und Entdecken einlädt. Von «Bevölkerung und Gesellschaft» über «Wirtschaft und Arbeit», von «Bauen und Wohnen» über «Staat und Politik» bis hin zu «Raum und Umwelt» erfährt man allerlei Wissenswertes. Etwa, dass jede dritte Thurgauerin oder jeder dritte Thurgauer einen Migrationshintergrund hat, oder dass der Anteil der Konfessionslosen in der Bevölkerung seit dem Jahr 2000 von 8% auf 25% gestiegen ist. Jedes Kapitel schliesst mit Hinweisen zu weiterführenden Informationen im Internet, auf www.statistik.tg.ch stehen auch ausführliche Datentabellen bereit. In der elektronischen Version der Broschüre führen Links direkt dazu.

Die Broschüre «Kanton Thurgau im Fokus. Statistisches Jahrbuch 2021» wird von der Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau herausgegeben und von der Thurgauer Kantonalbank finanziell unterstützt. Die gedruckte Version ist kostenlos erhältlich bei der Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale des Kantons Thurgau

(bldz.tg.ch, Tel. 058 345 53 70) sowie in den Geschäftsstellen der Thurgauer Kantonalbank. Die elektronische Version steht online zur Verfügung. Weitere Statistiken zum Kanton Thurgau: www.statistik.tg.ch



Agenda 2021

Datum	Thema	Veranstalter	Ort
17. November 17.00 – 19.00 Uhr	Frauensache: Exklusive Bierdegustation	IHK Thurgau	Barfuss Brauerei Schönholzerswilen
18. November 15.00 – 17.00 Uhr	Künstliche Intelligenz – unterschätztes Potenzial für KMU	Thurgauer Technologieforum	Bildungszentrum für Technik (BZT) Frauenfeld
2. Dezember 15.00 – 17.00 Uhr	Exportdialog digital: Zolldatenbank richtig nutzen	IHK Thurgau, IHK St.Gallen- Appenzell, Switzerland Global Enterprise	Webinar
3. Dezember 8.30 – 15.45 Uhr	Innovationsforum Ernährungswirtschaft	Innovationsboard Tänikon	Tänikon

Agenda 2022

Datum	Thema	Veranstalter	Ort
25. Februar 8.00 – 13.00 Uhr	Global T 2022	Wirtschaftsförderung Kanton Thurgau	TBA
28. April 17.00 – 20.00 Uhr	Generalversammlung IHK Thurgau	IHK Thurgau	Dreispietz Sport- und Kulturzentrum Kreuzlingen
24. August 18.00 – 19.30 Uhr	EcoOst Arena	IHK Thurgau IHK St.Gallen-Appenzell	Autobau Erlebnisswelt Romanshorn

Impressum

Fokus IHK – 18. Jahrgang,
Nr. 4 / 2021
Das Magazin der Industrie-
und Handelskammer Thurgau.
Schmidstrasse 9
8570 Weinfelden

gedruckt in der
schweiz

Redaktion
Jérôme Müggler
info@ihk-thurgau.ch
T 071 622 19 19

Texte und Bilder
Wir bedanken uns bei allen
Verfassern und Fotografen,
welche sich an dieser Ausgabe
beteiligt haben.

Verlagsleitung
Claudia Ruckstuhl

Verlag / Anzeigen / Produktion
Bodan AG | Druckerei und Verlag
Zelgstrasse 1
8280 Kreuzlingen

fokus_ihk@bodan-ag.ch
T 071 686 52 52 | F 071 686 52 51

Layout
Andreas Laszlo
fokus_ihk@bodan-ag.ch
T 071 686 52 52 | F 071 686 52 51

Erscheinungsweise
Viermal jährlich

Auflage
2000 Exemplare

Erscheinung nächste Ausgabe
14. März 2022
Anzeigenschluss
28. Februar 2022



thalmann
treuhand
+wirtschafts
prüfung

www.thalmann.ch

Mittendrin statt nur dabei.
Ihre Fachexperten in Weinfelden.
Gewerbe – Firmen – Non-Profit – Öffentliche Verwaltung

Schenken Sie die Thurgauer Geschenkkarte!

Unterstützen Sie die Thurgauer Fachgeschäfte indem Sie Ihre Weihnachtseinkäufe in der Region tätigen. Die Thurgauer Fachgeschäfte bieten Ihnen ein vielfältiges Sortiment, eine exzellente Beratung sowie ein tolles Einkaufserlebnis. Die Thurgauer Fachgeschäfte freuen sich auf Ihren Besuch!



In über 130 Fachgeschäften und Restaurants einlösbar
Jetzt online bestellen: www.thurgauergeschenkkarte.ch



Fachgeschäfte Thurgau

Für Fragen und Auskünfte: TGshop Geschäftsstelle, 071 626 05 16